

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingezeichnet in der Reichspostzeitungsliste

Abrüsten oder untergehen!

F. K. Die internationale Abrüstungskonferenz in Genf hat begonnen. 64 Staaten, man kann also sagen die ganze Welt, nehmen daran teil. Es ist dies die größte internationale Staatenkonferenz, die es bisher gegeben hat. Mit den Bevollmächtigten der Mächte sind Hunderte von Räten, Sachverständigen und Schreibern erschienen, von dem Schwarm von Presseleuten ganz zu schweigen. Sie werden voraussichtlich ein paar Monate zusammenbleiben. Darob sind vor allem die Bürger der Stadt Genf hocherfreut; sie alle werden reichlich von diesem Auftrieb ihrer besten Industrie profitieren. Ob auch die Völker von der Konferenz profitieren werden, darüber gehen die Meinungen weit, sehr weit auseinander.

Die überwältigende Mehrheit von allen Völkern wünscht, was man ohne Beweis glauben wird, nichts sehnlicher als die Abrüstung. Denn sie müssen ja die ungeheure Last der Rüstung und des daraus sprießenden Unheils, des Krieges, tragen. Die größten Opferträger jedoch sind allerwärts die Arbeiter. Die Arbeiter erschanzen die Mittel für Heer und Wehr, und sie werden dazu gepreßt und gedrillt, und die Arbeiter führen den Krieg und zahlen dann noch seine ungeheuren Kosten. Das sind dieselben Menschen, denen es an Freiheit und Brot erheblich gebricht, und die immer barsch abgewiesen werden, wenn sie weniger Fronzeit und bessere Entlohnung verlangen.

Wie schamlos die öffentlichen Mittel, das sind in der Hauptsache das Brot und der Schweiß der Arbeiter, für den Krieg und seine Vorbereitung verschwendet werden, ist schon oft dargelegt worden. Die unmittelbaren Rüstungsausgaben machen jetzt im Jahre 20 Milliarden Mark, die mittelbaren 22 Milliarden Mark aus. 42 Milliarden im Jahre sind 80 bis 100 Millionen Mark je Tag.

Das sind die Kosten für die Rüstung, die Kosten für ihre Anwendung aber sind noch viel ungeheurer. Der Weltkrieg, der insgesamt 10 Millionen Menschen tötete, kostete rund 1000 Milliarden Mark. Die Tötung eines Menschen hat, um mit Lehmann-Rußbüldt zu sprechen, 100 000 Mark gekostet, während die Erziehung und Berufsschulung eines Menschen bis zum 16. Lebensjahre 15 000 Mark verlangen. Von den Staatsausgaben der vier europäischen Großstaaten werden 41,4 bis 60,2 vH, im Durchschnitt 50,1 vH, für Rüstung, Reparationen und Kriegsschulden verausgabt. Bei Nordamerika und Japan sind die Ausgaben nicht geringer. Eine solch verbrecherische Freigebigkeit für Massenmord und Verwüstung wird zu einer Zeit verübt, wo für Millionen arbeitsloser Menschen zu wenig oder gar kein Geld da sein soll, sie notdürftig zu kleiden und zu nähren!

Wie kommt es nun, daß Rüstung und Kriegstreiberei ungeschwächt weitergetrieben werden, obwohl von allen Völkern lebhaft dagegen angekämpft wird? Wie das kommt, ist leicht zu erklären. Es gibt allerwärts eine Sippe beutesüchtiger Burschen, die zur Rüstung anfeuert, weil sie daran beträchtlich verdienen, und sie hetzt andauernd zum Krieg, weil er ihr eine goldige Ernte sondergleichen bringt. Diese gewinn- und beutesüchtigen Burschen sind in erster Linie die Rüstungsindustriellen. Sie sind international verbunden, haben ein Monopol und können dadurch den Staaten die Preise diktieren. Sie arbeiten mit 200 bis 500 vH Profit in normalen Zeiten. Dank des prächtigen Gewinnes können sie sich eine Meute von Presse-menschen, Ministern, Professoren und „Sachverständigen“ halten, die die Regierungen in ihrem Sinne bearbeitet, die öffentliche Meinung vergiftet, die Völker gegeneinanderhetzt und jeden als gemeinen Verbrecher an Vaterland und sonstwas hinstellt, der ihr auf die Schliche kommt. Das geschieht hüben und drüben, das geschieht in allen Ländern. Die internationale Meute wirft sich gegenseitig die Bälle zu, hetzt die Menschen diesseits der Grenze gegen die jenseits auf, erfüllt sie mit Zweifeln, Furcht, Angst und Schrecken. Die schwerindustrielle Presse pflegt überall eifrig die nationale Phrase, schmeißt Gift und Galle gegen die Pazifisten, bringt überall die schlimmsten Lügen über die Nachbarn. Das tut sie keineswegs aus innerer Überzeugung, sondern aus nacktem Geschäftsinteresse. Je mehr die eine Seite in Angst und Schrecken vor dem Nachbar lebt, desto goldiger wird der Gewinn der Rüstungsindustrie. Und sie verfügt über die Machtmittel genug, Regierungen und Parlamente gefügig zu machen, sofern das überhaupt nötig sein sollte.

Das Rüstungs- und Kriegsgeschäft ist zu einträglich, als daß seine Nutznießer leichterdingens davon lassen sollten. Bei Friedensschluß wurde zu Versailles allen Mächten feierlichst auferlegt, allmählich abzurüsten, später wurden allerhand Pakte geschlossen, die auf Befriedung der Welt und Verringerung der Mordrüstung hinauslaufen, noch später kam es zum Kellogg-Pakt, der den Krieg zum Verbrechen erklärt und ihn — auf dem Papier — abschafft. Trotzdem und allem dem wird wilder denn je weitergerüstet. Und gerade in diesen Tagen, wo die Abrüstungskonferenz in Genf beisammen ist, geht ein Schiff nach dem andern vom christlichen Europa nach dem Fernen Osten, um die heidnischen Japaner und Chinesen mit Mordwerkzeugen

zu versorgen, damit sie sich gründlich abschlachten können. Die Kriegsnutznießer helfen sich gegenseitig aus. Wir haben das im Weltkriege zur Genüge erfahren:

Frankreich lieferte auf dem Umwege über die Schweiz an Deutschland den zur Kriegsführung notwendigen Blausstoff. Die Krupp-Werke waren im Jahre 1914 im Besitze von sechs Millionen Tonnen aus Frankreich stammenden Ferro-Silizium, das zur Herstellung von Kriegsstahl verwendet wurde. Deutschland lieferte an Frankreich ebenfalls auf dem Umwege über die Schweiz zu Kriegszwecken Magnetos und Drahtseile. England lieferte Deutschland durch holländische Vermittlung Kupfer zur Herstellung von Granaten und Baumwolle zur Fabrikation von explosiven Stoffen. Deutschland belieferte England auf dem gleichen Wege mit optischen und Präzisionsinstrumenten. So sind die deutschen, französischen und englischen Soldaten unter dem Hagel von Geschossen, die ohne eine Zusammenarbeit der Kapitalisten dieser Länder nicht hätten hergestellt werden können, gefallen.

Daraus geht hervor, daß es eine sogenannte nationale Verteidigung gar nicht gibt, da das Instrument dazu in den Händen der internationalen Kapitalisten liegt, die die Welt beherrschen. Daß die internationalen privatkapitalistischen Beziehungen selbst während des mörderischen Krieges über den sogenannten nationalen Zielen stehen, für die man die Massen ins Feuer schießt.

Nun aber soll die Konferenz von Genf dem Höllenspiel ein Ziel setzen. Die Vereinigten Staaten machen die Abrüstung zur Vorbedingung der Streichung von Kriegsschulden, Rußland fordert eine radikale Verminderung der Heere und Waffen, kleinere Staaten wünschen sehnlichst dasselbe, und — paßt nur auf — die schwerindustrielle Presse in Frankreich und Deutschland wird womöglich ebenfalls die Abrüstung fordern — natürlich unter Wahrung der nationalen Ehre oder um die Nichtgefährdung der nationalen Sicherheit. Da bekanntlich

die nationale Ehre oder Sicherheit für die großen Patrioten nie genug gewahrt sind, wird darüber zu Genf ein ebenso heuchlerischer wie unabschließbarer Streit anheben.

Kein Zweifel, die Auseinandersetzung in Genf wird letztlich unter dem deutsch-französischen Gegensatz stehen, ein Gegensatz, der jüngst eine beträchtliche Verschärfung erfahren hat durch die Reparationswirren. Das Reparationsproblem kann eben nur friedlich-schiedlich zwischen Frankreich und Deutschland gelöst werden, niemals aber durch Erklärungen, die ultimativ klingen oder im Auslande so aufgefaßt werden. Das sollte nie, nie vergessen werden. Und jetzt, wo der Reparationsstreit wiederum einen brenzligen Charakter angenommen hat, werden Frankreichs Vertreter in Genf für ihre Seite noch mehr als bisher plausible Gründe gegen die Abrüstung ins Feld zu führen vermögen. Die Presse der französischen Rüstungsindustrie dürfte bald noch lauter nach militärischer Sicherheit schreien, die Presse der deutschen Rüstungsindustrie noch ekkliger über den „ewigen Störenfried“ geifern. Und beide Seiten dürften für ihren Interessenstandpunkt ihre Sachverständigen mobil machen, von denen ja für Genf ein ganzer Rattenschwanz zum Nebel- und Windmachen angeheuert ist.

Aus diesen Andeutungen mag man ermessen, wie es um den Erfolg der Abrüstungskonferenz bestellt ist. Wir wünschen ihn von ganzem Herzen, und mit uns, des sind wir gewiß, die Arbeiterschaft aller Länder. Doch über den Wunsch dürfen wir nicht die Schwierigkeiten vergessen, die dem Erfolg entgegenstehen. Solange Rüstung und Massenmord ein einträgliches Geschäft bleiben, wird die Menschheit vergeblich auf die Befreiung von der entsetzlichen Geißel hoffen. Unmöglichmachung dieses Geschäfts aber heißt nichts anderes als Sozialisierung der Eisen- und chemischen Industrie und Erziehung der Menschen zu wirklichen Menschen. Hierauf sind alle Kräfte zu richten. Die Menschheit muß abrüsten, wenn sie nicht im Giftgas untergehen will.

Viel mehr Lohnabbau als Preisrückgang

Wieder eine allerletzte Notverordnung

Der amtliche Index für die Lebenshaltungskosten bestätigt, was die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 erwarten ließ: Der Lohnabbau ist bedeutend größer als die Preissenkung. Nach der amtlichen Feststellung ging im Januar der Index der Lebenshaltungskosten seit Dezember von 130,5 auf 124,5 oder um 4,5 vH zurück. Im einzelnen sind zurückgegangen Ernährung um 3,2, Wohnung um 7,7, Heizung und Beleuchtung um 5,6 und Bekleidung um 4 vH. Der Preisrückgang ist laut amtlichem Index in den Vormonaten größer als im Januar. Dies ist zum Teil dem Niedergang der Rohstoffpreise und natürlich auch der Notverordnung zuzuschreiben.

Es ist somit die Tatsache amtlich erhärtet: während die Notverordnung die Löhne meist um 10, zuweilen bis 15 vH herabsetzte, hat sie die Preise des Lebensunterhaltes im Durchschnitt des Januar nur um 4,5 vH herunterzubringen vermocht. Den Lohn bedeutend mehr zu beschneiden als die Preise, ist ja im Grunde der Zweck der notverordnenden Übung gewesen. Denn es sollte doch die Forderung des Unternehmertums auf Herabsetzung der Gestezungskosten erfüllt werden. Das kann nur geschehen, indem die Löhne mehr als die Preise gesenkt werden. Würden beide gleichweis gesenkt, wäre man nur auf einen niedrigeren Preisstand gekommen, in dem Verhältnis zwischen Lohn und Warenpreis aber hätte sich nichts geändert; die ganze Geschichte wäre zwecklos gewesen.

Die Notverordnung hat also der Arbeiterschaft ein Opfer von mindestens 10 vH, der Industriellen- und Händlerschaft aber nur eins von 4,5 vH auferlegt zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und des Schutzes der öffentlichen Sicherheit“. Bis jetzt, für die vier Januarwochen wenigstens. Wie verschieden groß das Opfer der beiden Seiten späterhin sein wird, kann man natürlich noch nicht sicher wissen. Immerhin lassen es zahlreiche Vorkommnisse vermuten. Vielfach werden schon wieder Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln gemeldet und die Mieten werden ebenfalls wieder erhöht. Diese Erhöhung geschieht nun nicht immer klipp und klar, sondern die Hausbesitzer nehmen Zuflucht zu allerhand Tricks. Wo die Mietsumme nicht einfach hinaufgesetzt wird, werden Zuschläge für Beleuchtung, Heizung und andere Dinge gemacht. Der Mieter kann nun allerdings bei den dazu eingerichteten Amtsstellen prüfen lassen, ob ihn der Vermieter nicht übervorteilt. Die Bestimmungen oder der amtliche Schneckenweg ist aber derart unklar und umwegig, daß man die Hoffnung aufgibt, auf diesem Wege etwas zu erreichen. Folglich muß man befürchten, daß von der an sich schon viel zu geringen Preissenkung von 4,5 vH des Monats Januar bald wieder ein starker Teil in Dunst aufgegangen ist.

Diese Befürchtung erhält kräftige Nahrung durch die neuen Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft. Wenn wir uns recht erinnern, sollte die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die allerletzte sein: wenn diese drakonische Maßnahme Wirtschaft, Finanz und gleichwertige Sachen nicht aufs Trockene zöge, dann werde ... dann wird eben abermals eine Notverordnung gemacht — im gleichen Kaliber, versteht sich, um die Beharrlichkeit der, na, sagen wir, Staatskunst zu zeigen.

So ist denn am 18. Januar wieder eine Notverordnung erlassen worden, die einen Butterzoll bis zu 170 M bringt. Die Folge wird eine weitere Verteuerung der Butter sein; sie dürfte nun völlig von dem proletarischen Tische verschwinden. Noch eine andre böse Folge wird das haben. Butterliefernde Länder wie Holland und Dänemark zählen bislang zu nachhaltigen Abnehmern deutscher Industrieprodukte. Die Maßnahme gegen die Buttereinfuhr betrachten sie als eine unfreund-

liche Handlung, das heißt, sie werden darauf auf gleiche Art antworten. Tausende von Arbeitern, Gewerbetreibenden und Fabrikanten in der Exportindustrie werden die Leidtragenden sein. Die Zahl der Arbeitslosen und der Geschäftsschlüsse wird noch mehr emporschnellen.

Und dann? Dann bekommen wir eine weitere Notverordnung. Natürlich auch wieder die allerletzte — zur Sicherung der Wirtschaft, der Finanzen usw. Das Unternehmertum muß doch nun die Gestezungskosten an die abermals veränderte Lage anpassen, nicht wahr! Es macht schon Vorschläge für die nächste Notverordnung: Seine Spitzenverbände haben in den letzten Januartagen Besprechungen abgehalten, die der „Reform“ der Arbeitslosenunterstützung gelten. Man will die Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zusammenlegen, wodurch man weitere 900 Millionen im Jahr aus den Knochen der Arbeitslosen herauszuschinden gedenkt. Dem dürfte die Forderung auf abermalige Herabsetzung der Löhne bald folgen. Um „Gründe“ dafür dürften unsere Wirtschaftsführer nicht verlegen sein, denn sie schaffen sie ja fortlaufend durch ihre straffällige Mißwirtschaft und ihren politischen Wahnwitz. Die Burschen, denen die deutsche Wirtschaft überliefert ist, werden uns noch herrlicheren Zeiten entgegenführen. Ihre Genialität bürgt dafür.

Die Eisernen formieren sich

Endlich marschieren auch sie, die Antifaschisten! Lange schien es, als ob die proletarischen Organisationen vor dem gewalttätigen, blutigen Faschismus in ihrer Gleichgültigkeit und Ergebung verharren wollten. Erst allmählich kam in den organisierten Massen das Bewußtsein der Gefahr auf, die ihrem Dasein droht. Die Gewerkschaften beginnen sich wieder in den Strom des öffentlichen Lebens einzuschalten. Ein beweiskräftiges Beispiel dafür ist vor allem der Einheitsverband der Eisenbahner, dessen Versammlungen überall die stärkste Anteilnahme auslöste. Womit wiederum bewiesen wird, daß die Antriebe des proletarischen Widerstandes gegen die Reaktion und ihre Söldnerscharen von den freien Gewerkschaften und ihren verwandten Organisationen ausgehen und getragen werden müssen.

Die Erhebung der sozialistischen Arbeiterschaft bereitet den Faschisten großes Unbehagen. Das anfängliche Spötteln über die „Eisernen“ ist ihnen vergangen und erscheint ihnen als eine verteuftelteste Sache. Besonderes Mißbehagen bereitet den Knüppelschwingern der Schwerindustrie der Aufmarsch der Eisenbahner. Die Herrschaften ahnen, was das für das „Dritte

Aus dem Inhalt

	Seite
Abrüsten oder untergehen! — Viel mehr Lohnabbau als Preisrückgang — Die Eisernen formieren sich	37
Der Abbauwahn — Bei fettem Schmaus	38
Hammerschaften — Pfändung und Pfandrecht	39
Müssen die Beiträge herabgesetzt werden? — Betriebsräte-wahl bleibt aufgeschoben — Zeugen gesucht	40
„Grüne Woche“ in Berlin — Die Frau im Wirtschaftsleben	41
Muß der Kurzarbeiter Bürgersteuer bezahlen? — Unfälle rechtzeitig anmelden — Schriftenschau — Anzeigen	42

Bei fettem Schmaus

verbrüdernd sich Hitler und die Schwerindustrie

Am 26. ... tuar gabs in Düsseldorf eine dicke Sache. Von allen Seiten rollten prächtige Limousinen vor das Parkhotel, der feinsten Futterstätte des Industriegebiets. Wohlgeschmiegte Schwerindustrielle entstiegen den Automobilen. Sie waren herbeigeeilt, um teilzunehmen an der Verbrüderung mit ihrem Osaf, dem Nazihauptling Hitler. Er sollte den Herren von Kohle und Eisen die bange Frage beantworten, wie er ihnen Heil und Profit erhalten werde. Da dergleichen die großen Herren allein interessiert, hatte man die Rolladen heruntergelassen. Auch die Presse war ausgeschlossen. Die dummen Menschen, die mit dem Hakenkreuz auf dem Ärmel und im Hirn herumlaufen, sind da um eine wichtige Aufklärung gekommen. Sie können sich trösten: auch ihnen wird der Star noch gestochen werden.

Zwei Stunden hat der brave Osaf vor seinen Herren geredet. Er soll sich den vollen Beifall Fritz Thyssens erworben haben, und das dermaßen, daß der edle Herr seinen Eintritt in die Nationalsozialistische Arbeiterpartei erklärt habe. Er soll diese Partei die einzige Rettung der Industrie genannt haben. So nützlich dieses Äußern und Tun Thyssens auch ist, es war eigentlich überflüssig. Denn über seine und seiner Art verwandten Stellung zur Nationalsozialistischen Partei herrschte schon längst Klarheit. Alle Welt weiß, daß die Nazi-Partei der Hebel ist, womit die Todfeinde der Arbeiterklasse diese niederknüppeln und ihre so einträgliche Profitmacherei erhalten wollen. Dieser Hebel ist zu Düsseldorf bei fettem Schmaus und teurem Wein gehärtet worden. Die Herren Profitgenossen können sich das leisten. Ein Griff in die Tasche der Arbeiter bringt ja die Ausgaben wieder ein.

Die älteren deutschen Arbeiter wundern sich über die Verbrüderung der Schwerindustriellen und dem Manne, der Köpfe rollen lassen will, nun gerade nicht. Sie wissen ja, was die Schwerindustriellen schon alles angedreht haben, um die Arbeiterschaft zu verdammen, zu täuschen, zu entmannen, alles zu dem Zwecke, sie gründlicher zu zerschern.

Die jahrzehntelangen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit sind vornehmlich von den rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen entfacht, verschlimmert und mit aller Brutalität durchgeführt worden. Diese Schwerindustriellen haben sich immer als die Todfeinde des Arbeiters gezeigt. Man erinnere sich nur:

Als in vielen Berufen in der Industrie bereits Tarifverträge bestanden und die Gewerkschaftsbewegung hier und dort anerkannt war, wurde im Industriegebiet jede Regung der Arbeiterschaft rücksichtslos unterdrückt. Die Bergarbeiterstreiks 1889, 1905 und 1912 waren ein leidenschaftliches Aufblühen gegen das Herrenmenschenstum im Bereiche der Schwerindustrie. Jahrzehnte hindurch sind unzählige Vertrauensleute skrupellos gemordet worden. Jeder Ansatz einer Arbeiterorganisation wurde sofort unterdrückt. Der Standpunkt, Herr im Haus zu sein, wurde rücksichtslos herausgekehrt. Die Krupp, Kirdorff, Baare, Beunet und Baeck waren die maßgebenden Männer nicht nur in den Arbeitgeberorganisationen, sondern auch im Staat. Die Herrschaft dieser Menschen war so stark, daß sich selbst die katholische Kirche dagegen auflehnte. Deshalb richtete sich der Kampf nicht nur gegen die sozialistische Arbeiterbewegung, sondern auch gegen die christliche. Der Direktor der Firma Krupp, Geheimrat Jencke, hat gemäß der Einstellung seines Herrn bereits im Jahre 1885 folgendes verkündet:

„Wer auf Ordnung halten will, muß an dem Grundsatz festhalten, daß der Arbeiter nimmermehr ein irgendwie

gleichberechtigter, Teilhaber des Arbeitgebers sein kann, sondern, daß er dessen Untergebener ist und bleiben muß, dem er Gehorsam schuldig ist und dessen Anordnungen er sich zu fügen hat, solange er in seinem Lohn und Brot steht... Die Einschlebung einer regelmäßigen Instanz zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist ein Ünding und überdies um so unpraktischer, als kein Recht der Welt dem Arbeitgeber das Recht der Entlassung des Arbeiters streitigmachen kann.“

Und der Oberscharfmacher langer Jahrzehnte, Bueck, verkündet um die gleiche Zeit: „Der Arbeiter wird immer ein ungebildeter, wenig Verständnis zeigender Mensch bleiben, und nach seiner ganzen Erziehung kann es auch nicht anders sein.“ Anlässlich des Bergarbeiterstreiks 1905 äußerte sich Kirdorff einem Vertreter der Frankfurter Zeitung gegenüber: „Pflicht und Gewissen sagen uns, daß jederlei Verhandlung (mit den Bergarbeiterorganisationen) nur die Folge hätte, den gegenwärtigen Konflikt in die Länge zu ziehen und die Streikenden im Widerstand zu bestärken.“ Vor einer Versammlung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1905 äußerte sich Kirdorff folgendermaßen: „Auch wenn wir eine festgefügte Organisation hätten, so würde ich nach meiner festen Überzeugung nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß ich das Verhandeln mit Arbeiterorganisationen ablehnen würde. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß der Kampf dann ein viel schärferer werden wird, denn der Zweck der Arbeiterorganisationen ist nach meiner festen Überzeugung der Kampf um die Herrschaft bzw. die Vernichtung des ganzen wirtschaftlichen Blühens unserer Industrie.“ Bergrat Uthemann gab einer Kommission, die mit dem preußischen Handelsminister 1909 verhandeln sollte, folgendes auf den Weg:

„Ich möchte die Herren, die morgen ins Ministerium gehen, bitten, immer kräftig nein zu sagen, sich auf keine Erörterungen im einzelnen einzulassen, vor allem zu diesem wichtigen Punkt offen zu erklären: Wir sind Herr im Haus und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Drücken Sie dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge... Nach meiner Meinung ist hier eine taktische Handhabe gegeben, mit dem Gesetz zugleich den Minister, der Arm in Arm mit der Sozialdemokratie ein solches Gesetz (die Schaffung von Arbeiterkontrollen im Bergbau) präsentiert, zu besettigen.“

So haben die Schwerindustriellen immer geredet und gehandelt. Man wird zugestehen: brutaler reden und handeln ist wahrhaftig nicht möglich. Und was haben sie damit erreicht? Sie haben eine vom katholischen Glauben erfüllte, mit zahlreichen aus den rückständigsten Ecken Polens herangeschleppten Proleten durchsetzte, durch die gewagtesten Wohltätertricks gebändigte Arbeiterschaft aufgepeitscht, erkennend gemacht, sie immer mehr zur Organisation getrieben.

Als in den Novembertagen der Zusammenbruch des wahnwitzigsten aller Abenteuer der Weltgeschichte kam, da mußten sich die anmaßenden Herren der Schwerindustrie verkriechen. Es wäre ihnen verdammt dreckig gegangen, wenn die „Marxisten“ nicht gewesen wären. Das haben die hohen Herren schnell wieder vergessen; aber ihr altes Schindluderspiel mit der Arbeiterschaft haben sie nicht vergessen. Sie trieben es müher fort: Das hatte manches zur Folge, zunächst aber, daß die Arbeiter ihre namenlose Gutmütigkeit in den Tagen des Zusammenbruchs bereuend im Gedächtnis behielten. Die Belebung des Gedächtnisses wird fortgesetzt durch die Verbrüderung der Schwerindustriellen mit den faschistischen Banden und durch das Bekenntnis des Herrn Thyssen zu dem Manne, der Köpfe rollen lassen will, um sein Ziel, das Ziel der Todfeinde der Arbeiterschaft, zu erreichen.

Reich“, will heißen, die Diktatur des Ausbeutertums, bedeutet. Die Herrschaften werden jetzt inne, daß, wenn sie sich unterfangen sollten, den republikanischen Staat — als die Voraussetzung für den sozialen Staat — anzutasten, sie auf den geeinten Widerstand der Gewerkschaften und proletarischen Organisationen stoßen werden. Die organisierte Arbeiterschaft wird nicht ruhig abwarten, bis die Faschisten den Zeitpunkt für die „Nacht des langen Messers“ oder des Raubes ihrer Grundrechte für gekommen erachtet. Wenn schon Köpfe rollen oder Menschen an den Laternenpfählen baumeln sollen, werden das nicht Republikaner oder sozialistische Proletarier sein. Dessen mögen die Nazioten und ihre wohlgepflegten Geldgeber gewiß sein.

Die Rechts- und Nazipresse tobt und schimpft über die Maßnahmen der proletarischen Organisationen. Besonders die gesteigerte Abwehrtätigkeit der Gewerkschaften ist den Faschisten in die Knochen gefahren. Aber wir dürfen uns nicht auf die Abwehr beschränken, wir müssen zu dem Angriff übergehen. Wer das Chaos nicht will, muß an der Zerschlagung der Reaktion helfen. Entweder die Reaktion wird vernichtet, oder die Republik und ihre soziale Ausgestaltung wird gewesen sein. Schwächlichkeit und Kompromisselei nützt nur dem Gegner. Diese Erfahrung haben die Republikaner seit Bestehen der Republik sattsam gemacht. Eine Generalabrechnung mit der Reaktion ist unumgänglich, soll die Arbeiterschaft nicht zu willenlosen Sklaven herabsinken.

So erfreulich nun auch die zunehmende Lebendigkeit der Arbeiterschaft in der Abwehr des Faschismus ist, so darf doch nicht diese Abwehr als eine nur organisatorische Angelegenheit betrachtet werden. Der geistige und seelische Anteil an dem Kampf gegen den Faschismus muß viel nachdrücklicher in Erscheinung treten. Es gilt, unseren Angriff in die Stellungen des Gegners vorzutreiben, ihm in seinen eigenen Reihen Kräfte zu entreißen. Die ungezählten Tausende irregeleiteter Arbeiter, die dem Faschismus anhängen, gilt es aufzuklären und wachzurütteln, damit sie erkennen, wie sie belogen und betrogen werden. Der Faschismus hätte nie eine solche Ausdehnung erfahren können, hätten die äußeren Umstände, die Massenarbeitslosigkeit und die daraus herzuleitende Verzweiflung der Arbeitermassen ihm nicht den Boden zu seinem Wachstum gedüht.

Aber nicht allein die wirtschaftliche Not der breiten Massen ist dem Faschismus förderlich gewesen. Auch das Versagen der republikanischen Parteien bei der Verteidigung der nach dem monarchischen Zusammenbruch erlangten Kulturerrungenschaften hat der Reaktion in den Sattel geholfen. Es ist dies auf allen Gebieten zu beobachten gewesen. Klare parlamentarische Stellungnahme und Kontrolle ließen vieles zu wünschen übrig. Es ist heute so weit, daß die Kulturreaktion als etwas Selbstverständliches hingenommen wird. Das ist eine Unterlassungssünde, die sich bitter rächt. Militarismus und Kapitalismus haben die bei der Revolution verlorene Stellung zurückerobert. Die Arbeiterschaft ist wieder zum Packesel dieser Mächte herabgewürdigt.

Gewaltige Kräfte schlummern in der Arbeiterschaft. Diese Kräfte aufzurütteln, sie zu mobilisieren gegen den gemeinsamen Feind, das ist unsere Aufgabe. Dem Gegner muß bewußt werden, daß es nicht ein kleiner Kreis von Funktionären, sondern die Gesamtheit aller proletarischen Organisationen ist, die ihm im Kampfe gegenüberstehen. Die vielmillionenköpfige Eisenerne Front muß das Gefüße der Reaktion auf die Grundrechte des arbeitenden Volkes, auf Entzug gewerkschaftlicher, politischer und kultureller Freiheiten ersticken. Die Zeit des Abwartens und des untätigen Zuschens muß für immer vorbei sein.

K. E.

Der Abbauwahn

Die ausschlaggebende Rolle, die die Deflation, das heißt die Steigerung des Goldwertes im Verhältnis zum Warenwerte, oder, verständlicher ausgedrückt, die allgemeine Preissenkung in der jetzigen Weltwirtschaftskrise spielt, ist neuerdings von verschiedenen Fachgelehrten herausgestellt worden. Sie bedienen sich jedoch eines Kauderwelschs, das es dem Laien schier unmöglich macht, klar zu sehen. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß Anton Erkelenz sich in einer Schrift „Abbauwahn“ in leicht verständlicher Art mit dieser Sache beschäftigt. Nachdem er die verschiedenen Seiten oder Auswirkungen der Deflation dargelegt hat, geht er ausführlicher auf die nützliche und schädliche Preissenkung ein. Zu der schädlichen Preissenkung rechnet er vor allem die Lohnkürzung, die er ganz mit Recht in höchstem Maße für die Verschärfung der Krise verantwortlich macht. Auf die Lohnsenkung führt er im wesentlichen die Zunahme der Arbeitslosigkeit zurück. Er belegt das folgendermaßen:

„Jede fünf Mark, die nicht ausgegeben, nicht im Verbrauch umgesetzt werden, machen einen Mann einen Tag arbeitslos! Ein Beispiel: Ein Betrieb hat 1000 Arbeiter, die durchschnittlich täglich je 5 M verdienen. Bei voller Arbeitszeit gibt der Betrieb für Lohn aus täglich 5000 M, wöchentlich 30 000 M, vierwöchentlich 120 000 M. Durch Lohnherabsetzung von 10 vH würden monatlich 12 000 M gespart, das heißt weniger im Verbrauch umgesetzt. Durch diese „Ersparnis“ entstehen 2400 Tage neuer Arbeitslosigkeit. Es werden etwa 100 Arbeiter für einen Monat arbeitslos. Sie haben Anspruch auf Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge oder Wohlfahrtspflege von etwa 80 M je Arbeitsloser, sind 8000 M Unterstützungspflichten im Monat. Arbeit wird dafür nicht geleistet. Die 8000 M müssen in Form von Beiträgen oder Steuern neu aufgebracht werden. In einer Zeit wie heute, wo die Sparpolitik alle öffentlichen und privaten Betriebe ergriffen hat, muß jeder Betrieb bzw. die in jenem Betrieb Beschäftigten die Gelder für die Unterstützung der Menschen aufbringen, die aus diesem Betrieb beschäftigungslos und unterstützungsbedürftig geworden sind. Die noch Beschäftigten müssen entsprechend weniger verbrauchen. Dadurch entstehen 1600 Tage neuer Arbeitslosigkeit im Monat, 64 Menschen werden neu arbeitslos. Sie haben wieder Anspruch auf Unterstützung im Betrage von 5120 M im Monat. Wieder muß dieser Betrag durch Steuern oder Beiträge, durch neue Verbrauchseinschränkung aufgebracht werden. Dadurch entstehen im dritten Andrehen der Schraube wieder 40 neue Arbeitslose, die 3200 M im Monat an Unterstützung kosten. Gesamtergebnis: der Betrieb spart 12 000 M monatlich an Lohn. Die öffentlichen Kassen werden belastet mit Verpflichtungen für 200 neue Arbeitslose, die im Monat mehr als 16 000 M an Unterstützung kosten. Hätte die Lohnherabsetzung nicht stattgefunden, so wären in der Voraussetzung, daß der Betrieb in voller Arbeit bleibt, an Lohnsteuer 600 M im Monat mehr eingegangen. Dieser Betrag fehlt nun als Einnahme für die öffentlichen Kassen. Es senken sich die Umsatzzsteuer und andere Steuern. Es sinkt der Umsatz des Betriebes, denn in einer Zeit, in der alle sparen, müssen alle die daraus entstehende Verbrauchseinschränkung tragen. Der Gewinn des Unternehmers schrumpft zusammen. Trotz der scheinbaren „Ersparnis“ von 12 000 M im Monat spart der Betrieb privatwirtschaftlich wenig. Die gesamte Volkswirtschaft erleidet einen großen Verlust. Anders würde sich die Auswirkung der Lohnkürzung nur, wenn gleichzeitig und in mindestens gleichem Umfang auch die Preise senken.“

Derartig schlagende Beispiele gegen den Lohnabbau bringt die Schrift noch mehrere. Sie ist daraus vorzüglich zur Aufklärung und zur Bekämpfung des Abbauwahns geeignet. Die 72 Seiten starke Schrift ist im Verlag von Hans Bött, Berlin-Tempelhof, zum Preise von 1,50 M erschienen.

Reparaturen und Kriegsschulden

Wie es von keiner Seite bezweifelt wird, kann Deutschland in den nächsten Jahren unter keinen Umständen Reparationen zahlen. Die Gläubigerländer haben jedoch ebenfalls Kriegsschulden an Amerika abzuführen. Das Hoover-Schonjahr läuft im Juli ab und der amerikanische Senat will einen Zahlungsaufschub für die Kriegsschulden nicht zubilligen. In den meisten Verträgen, die die Kriegsschulden der Verbündeten an die Vereinigten Staaten regeln, ist zwar zugunsten der Schuldnerländer das Recht vorgesehen, einen Teil der Zahlungen für einige Zeit aufzuschieben, jedoch sind die Zinsen und auch ein Teil der Tilgungsrate unaufschiebbar. Einige Länder, wie

Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien haben bis 1937 überhaupt nicht das Recht des Zahlungsaufschubs.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt, wie hoch im Jahre 1932/1933 die Zahlungsverpflichtung auf Grund der interalliierten Schulden ist, bei der ein Recht des Zahlungsaufschubs den Schuldnerländern zusteht und wie hoch die Summen sind, die von ihnen bezahlt werden müssen.

Schuldner	(In 1000 Dollar)	
	Aufschiebbare Jahreszahlung	Nicht aufschiebbare Jahreszahlung
England	31 000	100 500
Frankreich	21 447	38 553
Italien	12 300	2 491
Belgien	4 200	4 250
Polen	1 137	5 502
Ungarn	12	60
Estland	91	425
Lettland	37	178
Litauen	37	173
Finnland	60	276

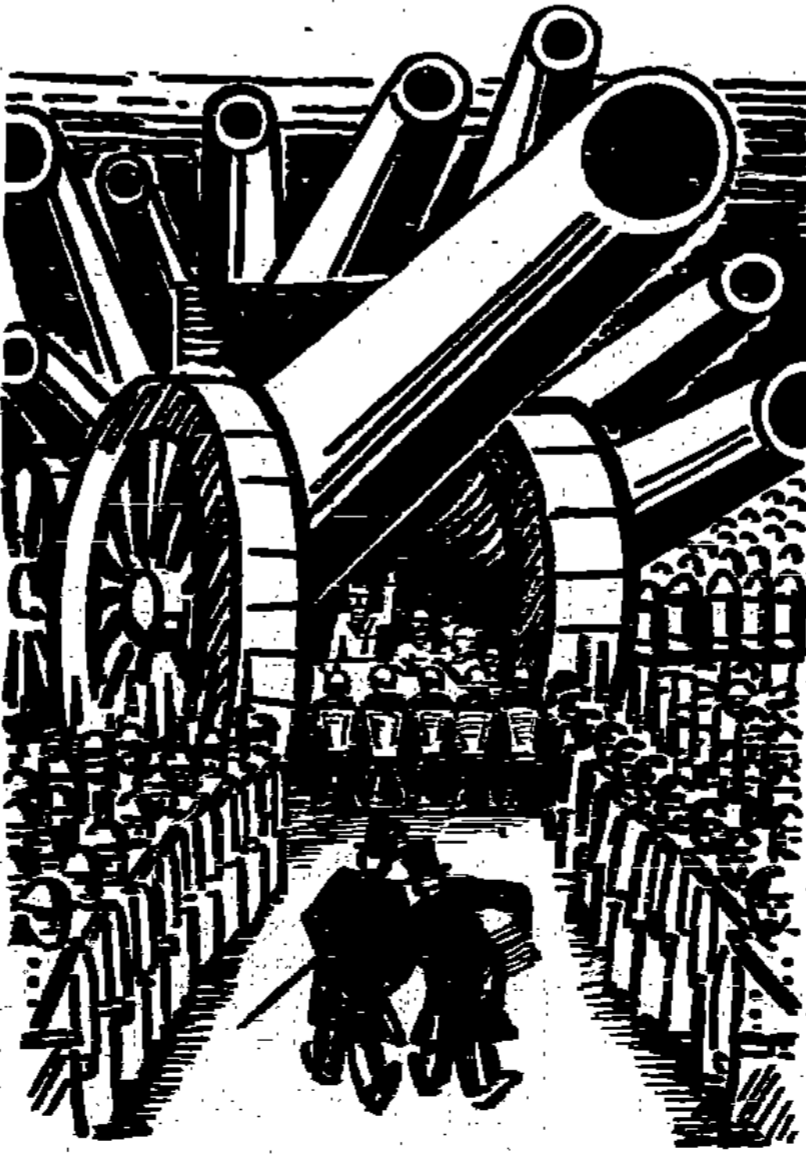
Wie aus dieser Zusammenstellung hervorgeht, sind es hohe Summen, die Amerika in diesem Jahr zu zahlen wären. In der europäischen Presse vermehren sich deshalb die Stimmen, die verlangen, daß die Schuldnerländer Amerikas durch gemeinsamen Entschluß die Zahlungen auch der unaufschiebbaren Raten der Kriegsschulden ablehnen.

Tiefstand der Eisenproduktion

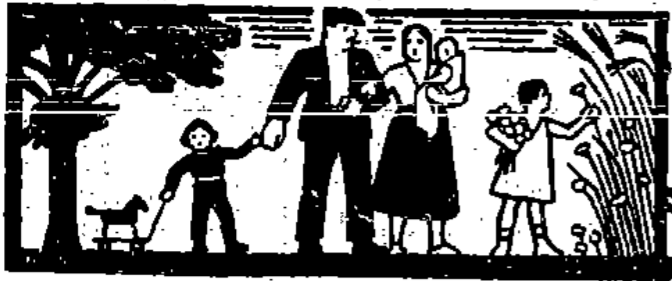
Die in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft zusammengeschlossenen Länder hatten im November 1931 insgesamt ein Produktionsminus von rund 600 000 Tonnen. Deutschland steht mit einem Minus von 416 000 Tonnen im Verhältnis der Rohstahlerzeugung zur Länderquote an der Spitze. Aber selbst Frankreich hat ein Minus von 122 000 Tonnen zu verzeichnen. Der Rückgang setzt sich also in allen Ländern in beschleunigtem Tempo fort. Die Krise ist allgemein.

Zunahme der Ehescheidungen

In Deutschland haben sich nach den neuesten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts im Jahre 1930 die Ehescheidungen weiter vermehrt. Es wurden nicht weniger als 40 777 Ehen geschieden, um 700 mehr als 1929 und 10 vH mehr als 1928. Hamburg steht mit 200,7 Scheidungen auf 100 000 Einwohner an der Spitze. Es folgt Berlin mit 188,7 Scheidungen auf 100 000 Einwohner. Es folgen weiter Schleswig-Holstein mit 77,7, die Rheinprovinz mit 59,9, Sachsen mit 59,5, Westfalen mit 56,5 und Brandenburg mit 52,7. Diese Ziffern zeigen uns deutlich, daß mancher mit vielen Hoffnungen geschlossene Bund nicht fürs Leben, sondern nur für kurze Zeit ausgereicht hat.



Abrüsten oder untergehen!



Familie und Heim



Hammerschaften

In die Eisernen Front sind die Millionen Gewerkschafter als Hammerschaften eingetreten. Unsere Erzählung schildert den historischen Vorgang, der dem Namen Hammerschaften zugrunde liegt.

Hanne Berendt sah herüber zum Werk. Jawohl, es lag still. Der feuchte, dickliche Nebel eines trüben Novembertages drückte auf die immer, selbst in Tagen des herrlichen Sommers unfreundliche Industriestadt. Bergbau- und Hüttenbezirk — niemals, auch am Sonntag nicht, weicht Ruß und Staub aus der stickigen Luft, und er sitzt fest in den Poren und in Gaumen und Schleimhäuten der Menschen. Ja, dort draußen allerdings, eine gute halbe Stunde weit, wo die Villen der Direktoren und Syndici stehen, da ist frische Luft, da tollten sich rotbackige Kinder in den Gärten, da ist Wärme und Licht. Der junge Arbeiter Hanne Berendt fuhr sich über die Stirn. Er war gesund, kräftig, drahtig, zäh, trotz seiner 17 Jahre gestählt und zusammengerissen durch die harte Jugend des Proletariatssohnes. Eine Kindheit? Was hatte er für eine Kindheit gehabt? Die Wohnung muffig und eng, das Essen mager und knapp, der Vater tot, im Bergwerk verschüttet, die Mutter kränklich und abgequält, fünf Geschwister, von denen der älteste, Wilhelm, der Hauptnährer, vor fünf Jahren in Frankreich gefallen war, und er, seit drei Jahren schon — ach, er war noch ein Kind gewesen! — schaffen, schaffen, schaffen! „Das Werk macht einen noch tot!“ hatte mal ein älterer Kumpel gesagt, und ein anderer hatte geantwortet: „Wir müssen das Werk lebendig machen, wir müssen es uns erobern.“ Der junge Hanne Berendt vergaß diese Worte nicht. Ja, eine Welt war zu erobern gerade für sie, für die Arbeiter, die Proletariat. Hanne Berendt ballte manchmal die schwieligen, ungeschlachten Hände zur Faust, aber er wußte, daß Fausteballen allein nicht genügt. Denn wenn er trotz aller Müdigkeit dieses harten und unerbittlichen Lebens sich einmal frisch genug fühlte, dann durchbrüllte er mühsam und solcher Arbeit wahrhaft ungewohnt mit heißem Schädel die Schriften derer, die Gleichheit und Freiheit verkündeten und Schutz für Leben und Schaffen gerade der Armen, der Proletariat, verlangten. Eines aber forderten diese Kämpfer neuen Werdens vor allem: Einigkeit und Zusammenschluß aller Schaffenden.

Man schrieb das Jahr 1875, Zeit des Übermuts, Zeit der Vermessenheit in einem Bürgertum, das verblendet war durch Metz und Sedan und sich berauschte am Gelde der französischen Kriegsentschädigung. Der Ungeist mißverständenen Preußentums, das Kasernendruck und Exerzierplatzmethoden auch auf die Beziehungen vom Arbeitgeber zum Arbeitnehmer übertragen wollte, war in Blüte gekommen. Der preussische Untertan, der vermessen meinte, daß er, gerade er, drei Kriege gewonnen hatte, sah sich als Herr der Erde und als Gebieter der Menschen. Wohl, wohl: vor Adel und Leutnantsepauletten erstarrte er in Ehrfurcht, aber er war der Radfahrer, der nach oben buckelte und nach unten trat. Und unten, da waren die Angestellten und Arbeiter! Was sind Lohnforderungen, was ist der Schrei nach Arbeitsrecht und Arbeitsschutz? Freche Forderungen einer ungebildeten Proletenbande, die zu parieren hat!

In Hanne Berendts Augen leuchtete Erbitterung. In harter Fron, bei kargem Lohn, von früh bis spät, Mensch ohne Recht, getreten in seiner Würde, Mensch zweiter Klasse, — Leben der Armut, der Scham und der Not! Ja, waren sie es denn nicht wert zu leben? War es nicht wirklich so, als ob die Leute, die gezwungen waren, dem Broterwerb nachzugehen, mit jedem Schritte dem lauernden Tode zu begegnen fürchteten? Ach, die Herren da oben scherten sich wenig darum, ob die Kumpels im Bergwerk umkamen oder ob sie in jungen Jahren mit zerfressener Lunge auf kargem Pfähle verreckten.

Und jetzt war Streik! Es hatte so weit kommen müssen! Es ging so nicht weiter! Aber konnten sie siegen? Hanne Berendt sagte sich immer wieder: Wir müssen siegen. Und doch: in seinem jungen Proletariatshirn hockten die sorgenden Gedanken. Sie waren schwach, furchtbar schwach! Er wußte, warum: Es fehlte die Einigkeit, der Zusammenschluß, das Schulter-an-Schulter-Stehen! Noch waren sie ja in der Mehrheit, aber die Betriebsleitung verstand es wohl, durch Lug und Trug die Saat des Unfriedens auszustreuen, durch geheuchelte Freundschaft die Schwachen zu locken, durch Geld die Lumpen zu kaufen. Da waren die Betörten und Eingefangenen, da waren die Schlappschwänze und die Verräter — die Streikbrecher alle, die dem kämpfenden Bruder in den Rücken fielen. Die Macht der Regierenden war mit der Macht des Geldes im Bunde. Die Polizei war verstärkt, sie stand Tag und Nacht auf den Straßen, und man sprach davon, daß Militär im Anrollen sei. War denn der Feind im Land, waren die Arbeiter denn Verbrecher? Keinem Menschen hatten sie ein Haar gekrümmt, sie wollten nichts als ihr Recht auf Leben und Lohn!

Und die Not stieg in den Hütten der Armen. Krämer und Bäcker pumpeten nicht mehr. Fleisch, schon früher nur selten gesehen, wann stand es zum letztenmal auf dem Tisch? Letzter Hausrat war lange versetzt, kahle Wände, kalter Herd, zwei Matratzen für fünf Personen! Den abgehärteten Hanne Berendt überlief es wie eine Gänsehaut, dachte er an den klagenden Blick seiner alten, müden Mutter, und manchmal war es ihm so, als durchbohre ihn Haß aus den Augen der eigenen Schwester, weil er kein Geld mehr brachte. Ja, sie waren schwach, weil Kleinmut, Zweifel und Unverstand Verbündete waren von Tücke, List und Verrat.

Hanne Berendt ging durch enge, dürrtige Gassen. Er mußte zum Streiklokal, wo sie sich heimlich trafen. Oh, der Gang war nicht leicht. Man mied sie, mancher, mit dem Hanne sich früher die Hand gab, umging ihn wie einen reudigen Hund, manch Ladenbesitzer, dem der Verdienst geschmälert war, schimpfte hinter ihnen her, jeder Schutzmann schaute verdächtig, ja, gespuckt und mit Steinen geworfen hatte man aus den Fenstern! Das war wie eine Mauer von Feinden um sie herum.

Als Hanne Berendt im Streiklokal ankam, spürte er deutlich die dumpfe Stimmung ermattender Zuversicht, Hunger und Haß, Gewalt und Lüge hatten gute Zermürbungsarbeit getan, und auch in Hanne wollte Verzweiflung hochsteigen. Müßten sie unterliegen? Er straffte sich. Die Zähne zusammen, die Zähne zusammen!

Einer war da, der war ganz Energie. Arbeiter wie sie, vierzig Jahre alt, ihr Vertrauensmann. Sie sprachen mit ihm von all der Verfolgung, all dem Haß, der über sie ausgegossen ward. Da reckte er sich auf und stellte sich hin, vierschrotig, breit, der ganze Körper Stärke und Sicherheit, und sagte ganz ruhig, ganz besonnen, ganz klar: „Alsdann, so steckt den Hammer in den Gürtel!“

Die Hammer in den Gürtel, die Hammer in den Gürtel! Das war plötzlich wie Befreiung, wie Aufatmen, wie ein Ruck der durch die Leiber und Herzen ging. Jawohl, immer sonst, auch

wenn sie Sonntags beim Tanze waren, trugen sie einen Handhammer im Gürtel, nicht als Waffe, nein, als Zeichen der Kraft, des Selbstbewußtseins, der Solidarität.

Sie gingen, sie kamen wieder, ohne Rock, den Hammer im Gürtel. Offen schritten sie durch die Straßen, Mann neben Mann, vorbei an feindlichen Menschen und bewaffneten Polizisten, den Blick geradeaus, die Körper zusammengerissen, arme, blasse, darrende Menschen, aneinandergereiht durch einen Willen, durch ein Gefühl, durch einen Kampf, durch eine Treue. Und es ward ganz still auf Gassen und Plätzen, kein Schmähwort fiel, kein Stein ward geworfen, keine Hand ward erhoben. Eine Front war plötzlich gebildet, die Liebe, Achtung oder Furcht einflößen mußte.

Die Arbeiter hielten durch. Jahrzehnte waren ins Land gegangen. Die Welt hatte ihr Gesicht geändert. Der alte gebückte Mann mit dem kahlen Kopf und dem schütterten grauweißen Bart, in dessen Augen freilich noch immer das Feuer unverwüsthcher Jugend brannte,



hatte in seinem Leben viel gesehen und durchgemacht: Hanne Berendt zählte vierundsiebzig Jahre. Schlichtes, alltägliches Proletariatsleben — gewiß: Er hatte gearbeitet, hatte geheiratet und Kinder gezeugt. Aber es war doch viel mehr: Unter Bismarck hatte er für seine Überzeugung im Gefängnis gesessen, unter Wilhelm war er nach einem Streik gemäßigert und hatte Monate lang arbeitslos hungern müssen, von seinen vier Söhnen lag einer in Flandern und einer in Mazedonien begraben, und seine Frau? Not und Gram des Krieges hatten sie allzuerst unter die Erde gebracht. Ein Enkel war in der Grube geblieben, ein zweiter trug dort, wo einst leuchtende Augen waren, eine grausame, hüllende Binde: achtzehn Jahre war der Junge damals gewesen, zweite Marneschlacht, im Sommer 1918.

Aber er hatte auch etwas erreicht, der alte Hanne Berendt. Nicht für sich, er war arm geblieben, aber für die anderen, für die Arbeiterschaft, für die Partei Vertrauensmann seiner Partei, Vertrauensmann seiner Gewerkschaft — er war immer zur Stelle gewesen. Gottlob, er hatte auch erlebt, daß es vorwärts ging.

Dann kam die Revolution, die Republik, das freie Volk im freien Staat. Die Sehnsucht seiner Jugend schien Hanne Berendt verwirklicht! Er saß im Arbeiter- und Soldatenrat, kein wilder,

maß- und zielloser Schreier und Hitzkopf, sondern besonnen und ruhig das Mögliche wägend und danach handelnd mit klarem Kopfe im Dienste des Volkes. Der einfache Arbeiter, der zugleich ein geschulter Politiker war, spürte wohl, daß die Demokratie dem deutschen Volke in schwerster Stunde zuteil geworden war. An den Grenzen standen feindliche Heere, im Innern rasten Verzweiflung und Hunger, und das allmächtige, prunkende Kaiserreich mit all seinem Dünkel, all seiner Überheblichkeit war zusammengefallen wie ein Kartenhaus. Da hieß es schaffen, retten, arbeiten, letztes Können, letzte Kräfte geben!

Manches war erreicht worden, trotz Kriegsverletzung und Reparationen, trotz Armut und Not. Ging der Alte mal spazieren und auf dem städtischen Spielplatz tollten ihm seine Urenkel entgegen, so dachte er fünfundsechzig Jahre zurück, an den Hof mit Staub und Dreck und Schmutz und Enge, den einzigen Spielplatz seiner Kinderjahre. Wo 1897, bei der Heeresvermehrung, die Kaserne gebaut war, stählten jetzt bei Fußball und Handball, bei erstem Kampf und frohem Spiel, seine Enkel, die Arbeitersportler, die Glieder. Unweit der dunklen Kneipe, in der vor siebenundfünfzig Jahren ihr Streikausschuß tagte, stand jetzt ein Gewerkschaftshaus mit Vortragssälen und Unterkunftsräumen, und eine eigene Zeitung hatten sie auch. Seine Schulzeit? Angst vor der muffigen Klasse, Angst vor dem muffigen Lehrer! Aber als er seine Urenkelin, die kecke Ella, Ostern beim ersten Schulgang begleitete, da empfing ihn im hellen luftigen Raum eine muntere, lustige Lehrerin. Ach, es war ja nicht viel, es war viel zu wenig, aber es war doch ein Anfang, ein Aufbruch, ein Wille, dem Volke und nur dem Volke zu dienen.

Vater Berendt, wie sie alle ihn nannten, freute sich der Fortschritte, aber er war nicht der Mann, der die Augen der Not verschloß, die immer noch vor allem beim Arbeiter zu Hause war. Das böse Jahr 1931 war zu Ende gegangen, bei seinen Liebsten hatte er wieder erlebt, was der Fluch der Arbeitslosigkeit bedeutet. Sein ältester Sohn — er sprach noch immer von seinem „Jungen“, obwohl der in den Fünfzigern stand — war seit zwei Jahren erwerbslos, und von sieben Enkelkindern lagen vier seit Wochen und Monaten auf der Straße und das fünfte, eine zweiundzwanzigjährige Stenotypistin, war jetzt wegen Abbaus gekündigt worden. Es war schon ein Elend, aber wenns auch ein karger Pfennig war, den sie kriegten — er hatte damals 1875 ganz leer dagestanden, ohne Hilfe, ohne Unterstützung. Und es mußte doch besser werden, durch sie, die Arbeiterschaft!

Was aber den alten Berendt aufs schwerste betäubte, aufs meiste bedrückte, war, daß die Grundlage jeden freiheitlichen und sozialen Aufbaues, die demokratische Republik, von Feinden bedroht war, die ihre Streitkräfte aus den Reihen seiner eigenen Klassengenossen verstärkten. Er, der alte, real denkende Idealist, der Kämpfer durch bald sechzig lange Jahre, mußte erkennen, daß die Republikaner trotz kommunistischen Verrates im Rücken der Front den Hauptkampf gegen jenen braunen Faschismus richten mußten, der allen sozialen und nationalen Phrasen zuwider der Todfeind der gesamten Arbeitnehmerschaft und damit des Volkes schlechweg war: Er kannte ja diesen Todfeind aus seiner Jugendzeit, den Herrenstandpunkt der Kaste und des Geldes, der Uniform und der mißverständenen Bildung. Mit Scham erfüllte es ihn, wenn er junge Arbeiter den Hakenkreuzfahnen nachlaufen sah, die für ihn, der Jahrzehnte des heißesten Freiheitskampfes hinter sich hatte, Symbole grausamster Knechtschaft waren.

Aber der alte Kämpfer verzagte nicht, er wußte, er hatte die feste Zuversicht, daß in den Händen der Millionen von Republikanern die Freiheit trotz aller Angriffe in guter Hut sei. Immer wieder war er es, der Verzagende aufrichtete, daß sie Kraft zögen aus seiner starken Überzeugung. In keiner Versammlung fehlte er, und waren die Märsche nicht allzu beschwerlich, er stand im Reichsbanner in Reih und Glied.

Wieder war der größte Saal in der Stadt überfüllt. Oben von der Bühne leuchteten die schwarzrotgoldenen Fahnen der Freiheit, von Alten und Jungen geschirmt. Der Redner sprach: „Zur Niederzwingung des Faschismus bedarf es des Zusammenstehens aller verfassungstreuen deutschen Menschen. Wir rufen alle, gleichviel welcher Partei! Wir rufen die Sportler, wir rufen die Gewerkschaften, alle, alle rufen wir. Gegen Lug und Trug, gegen Schlappheit und Niedertracht stellen wir auf: Die eiserne Front!“

Unten saß der Alte mit seinem Enkel, dem Hinnerk, mit großen Augen, die sich plötzlich mit Tränen füllten. Erinnerung stieg auf, Gedanken von einst: Lug und Trug, Schlappheit und Niedertracht, und dann sie, die Arbeiter mit dem Hammer am Gürtel, damals, 1875. „Hinnerk, geh auf, sag, daß ein alter Arbeiter reden will!“ Der Junge blickte erstaunt. „Du, Vadder, willst reden?“ Hanne Berendt sah streng aus: „Tu, Junge, was dein alter Großvater sagt!“ Und dann stand er oben und sprach, ganz schlicht, ganz einfach, wie es seine Art, erzählte nichts als das eine Erlebnis, das siebenundfünfzig Jahre zurücklag: „Alsdann, so steckt die Hammer in den Gürtel!“

(Henning, Duderstadt, in der Ill. Republik. Ztg.)

Pfändung und Pfandrecht

Was von den Möbeln unpfändbar ist, wird nicht mit ausreichender Deutlichkeit im Gesetz gesagt. Es wird lediglich in § 811 der Zivilprozessordnung bestimmt, daß u. a. die folgenden Sachen der Pfändung nicht unterworfen sind: Kleidungsstücke, Betten, Wäsche, Haus- und Küchengerät, insbesondere die Heiz- und Kochöfen, soweit diese Gegenstände für den Bedarf des Schuldners oder zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich sind. Für die Unentbehrlichkeit eines gepfändeten Möbelstückes ist der Zeitpunkt der Pfändung maßgebend. Jedenfalls dürften als unentbehrliche Möbelstücke angesehen werden: die Betten, in denen die Familie schläft, Küchenschrank, Kleiderschrank, Tisch und Stühle, soweit solche Möbel nicht zu zahlreich vorhanden sind und dann vielleicht unbenutzt herumstehen. Hat jemand ein Büfett, das er bereits einem anderen etwa für ein Darlehen verpfändet hat, und wird dieses bereits anderweitig verpfändete Stück vom Gerichtsvollzieher gepfändet, so muß der Gläubiger sofort die Freigabe verlangen und sein Recht dann nachweisen.

Jemand will seinem guten Freund, der sich gerade in Not befindet, eine Summe Geld leihen. Der Freund will ihm dafür eine Möbelsicherheit geben als Sicherungspfand. Es genügt aber nicht, daß man das miteinander ausmacht und darüber einig ist. Nicht einmal ein schriftlicher Pfandvertrag reicht aus, wenn die Hauptsache vergessen wird: die verpfändete Sache muß dem Gläubiger auch übergeben werden. Ist das nicht der Fall, so kann jeder andere Gläubiger des guten Freundes das angeblich gepfändete Möbelstück für seine Forderungen pfänden lassen.

Nun ist die Übergabe nicht immer praktisch. Einmal will der gute Freund das Möbelstück weiter benutzen, zum anderen entstehen mitunter Transportschwierigkeiten, wenn es sich um größere Stücke handelt. Daher hat der Gesetzgeber zugelassen, daß die Übergabe auch ersetzt werden kann, indem beide vereinbaren, daß der gute Freund, anstatt die Sache zu übergeben, das Pfand behalten und verwahren möge oder daß er es geliehen bekommt. Wenn die Übergabe fehlt und auch nicht durch Verwahrung oder Leihe oder in ähnlicher Form ersetzt wird, so ist ein Pfandrecht nicht entstanden und der Geldgeber darf das Pfand nicht verwerten.

Die Frage eines Freigesprochenen

Der Richter zum Angeklagten: „Der Beweis, daß Sie die Uhr gestohlen haben, hat sich nicht erbringen lassen. Sie werden daher freigesprochen.“

Der Angeklagte rührt sich nicht und zeigt eine Unentschlossenheit, als hätte er noch etwas zu sagen.

„Sind Sie nicht zufrieden?“ fragt der Richter. „Sie sind jetzt in Freiheit.“

Der Angeklagte: „Ich danke! Aber sagen Sie mir doch, Herr Präsident, gehört die Uhr jetzt mir oder muß ich sie wieder herausgeben?“

Widerruf

Ein amerikanisches Blatt schreibt: „Unser Magistrat besteht zur Hälfte aus Eseln.“ Der Herausgeber wird zum Widerruf verurteilt. — Der Widerruf lautet: „Unser Magistrat besteht zur Hälfte nicht aus Eseln.“



Zum Vorschlag des Vorstandes

Müssen die Beiträge herabgesetzt werden?

Zu dieser Sache ist uns eine Anzahl Schreiben zugegangen, wovon wir anschließend einige bringen. Bei dieser Gelegenheit sei erneut darauf aufmerksam gemacht, daß in Verbandsangelegenheiten selbstverständlich nur Mitglieder mitreden können.

wie schon oben geschildert, durch ihren Opferwillen unser Los etwas erleichterten, dieses zuzumuten, erachte ich für verfehlt. Prüfen wir die einzelnen Verhältnisse unserer Mitglieder, so besteht ja für Arbeitslose gewissermaßen eine Beitragsfreiheit, da sie zur Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft nur die 10-Pf-Markte kleben.

Daß der Vorstand sich endlich aufgerafft hat und einen Vorschlag zur Senkung der Beiträge herausbringt, war höchste Zeit; denn die Not unter den Kollegen, ob sie nun unter Kurzarbeit oder durch den 15prozentigen Abzug der 4. Notverordnung leiden, ist so groß, daß sie nur unter großen Entbehrungen ihren bisherigen Beitrag weiterzahlen.

Mit dem Vorschlag des Vorstandes, so gut er gemeint ist, kann ich jedoch nicht einverstanden sein. Wenn ein Kollege schon 30 Jahre seinen Beitrag in der ersten und zweiten Klasse bezahlt hat und nun durch die Notlage gezwungen ist, nach dem Vorschlage des Vorstandes in eine niedrigere Klasse zu gehen, so bekommt er im Invalidenfall, wenn er von der ersten in die zweite Klasse geht, 5 M, und von der zweiten in die dritte Klasse 6 M den Monat weniger Unterstützung.

Mein neuer Vorschlag geht nun dahin, die Beiträge in der ersten, zweiten und dritten Klasse um 15 vH zu kürzen, während die Unterstützungen nach der Mitgliedschaft von 1 bis 5 Jahren 10 Wochen, von 5 bis 20 Jahren 12 Wochen und über 20 Jahren 15 Wochen beträgt.

Zu dem Vorschlag des Vorstandes glaube ich, daß dieser vorläufig wohl die einzig richtige Lösung ist. Der Grundgedanke ist, wie es scheint, daß einerseits die Rechte der Kollegen, die in der Lage sind, trotz der schweren Zeit einen höheren Beitrag leisten zu können, nicht geschmälert werden sollen, daß andererseits den Kollegen, die wirtschaftlich nicht in der Lage sind, die bisherigen Beiträge aufzubringen, ebenfalls entgegengekommen wird.

Deshalb ist den Mitgliedern dringend zu empfehlen, ihre bisherige Beitragsleistung, soweit sie irgendwie in der Lage sind, beizubehalten. Schon deshalb, weil nicht nur die einzelnen Unterstützungsarten, insbesondere aber die Invalidenunterstützung, mitunter die Berechnung der niedrigen Beitragsklasse fällt, was wohl vielen Kollegen, die eine Beitragsenkung wünschen, in späteren Jahren zum Nachteil sein wird.

Leicht begreiflich ist deshalb der Vorschlag des Vorstandes, trotz der zur Zeit herrschenden Meinung in Kollegenkreisen, von einer obligatorischen Herabsetzung der Beiträge abzusehen und die endgültige Entscheidung darüber dem Verbandstag zu überlassen. Dieser wird sich dann damit zu beschäftigen haben, ob mit einer Beitragsenkung den Kollegen, die bisher die erste Beitragsklasse bezahlten und nun in eine tiefere Klasse wollen, für die Zukunft die Beiträge in erster Klasse anzurechnen sind.

In Nr. 5 der MZ gibt der Vorstand bekannt, daß Mitglieder, die nicht mehr in der Lage sind, die Beiträge der 1. Klasse zu zahlen, die 2. Klasse in Anspruch nehmen können. Ich bin in der 3. Lohnklasse, arbeite 4 Tage in der Woche und habe 25 M Nettoverdienst. Bezahle im Monat drei bis vier Beiträge zu 1,50 M und einen zu 40 Pf. Jetzt komme ich zum Kern der Sache. Die 1. Lohnklasse hat 25 M Nettoverdienst an drei Tagen der Woche und bezahlt die Beiträge aus der Kurzarbeiterunterstützung des Verbandes. Die 4. Lohnklasse hat nun gar keinen Vorteil, denn man muß fünf Tage für 25 M netto arbeiten und bezahlt die vollen Beiträge. Alle Lohnklassen bezahlen aber denselben Beitrag von 1,50 M, hier ist also zugunsten der unteren Lohnklassen gehandelt worden.

Der Vorschlag des Vorstandes, eine generelle Beitragsenkung zu umgehen, möchten wir als arbeitslose Mitglieder bei reiflicher Überlegung der nun einmal bestehenden Verhältnisse ohne weitere Bedenken zustimmen. Denken wir zurück, wo wir noch Unterstützung aus Verbandsmitteln bezogen, was doch nur durch die Solidarität der noch in Arbeit stehenden Kollegen durch Leistung der Beiträge und der in besserer Konjunktur geschaffenen „eisernen Portion“ möglich war. Eine soviel von unseren Gegnern geübte Verleumdung, daß der größte Teil der Beitragsentnahmen zu Verwaltungszwecken verbracht würde, muß es jedem gesunden Proletarierern zusehnen, da das Gegenteil sich längst bewiesen hat durch die Unterstützung der von der Krise betroffenen Kollegen.

Eine Beitragsenkung bedeutet doch praktisch gleichzeitig ein Leistungsablassen (Angehörernkung), und den Kollegen, die doch,

Die Antwort auf diese Frage hat der Vorstandsvorstand in einer Art gelöst, die geradezu als ideal bezeichnet werden muß. Je aufmerksamer man den Vorschlag (in Nr. 5 unserer Zeitung) studiert, um so mehr kommt man zu der Überzeugung, daß es eine bessere Lösung dieser schwierigen Sache, die beiden Teilen Rechnung trägt, schwerlich gibt.

Festgehalten in dem Vorschlag könnte höchstens noch werden, daß die veränderte Zahlung nicht rückwirkend ist, was ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Ich spreche hier jedoch aus meinen Erfahrungen als Funktionär der Metallarbeiter-Krankenkasse. Die dort schon wiederholt gebotenen Zahlungserleichterungen (immer wieder veranlaßt durch Rückständigkeit der Beiträge allgemeiner Notlage) werden von den Mitgliedern fast regelmäßig abgelehnt, weil sie nur zu genau wissen, daß mit geringeren Beiträgen auch die Rechte oder Ansprüche geringer werden. Mögen vielleicht verschiedene Mitglieder mit dem Vorschlag des Vorstandes nicht ganz einig gehen, in der Frage unserer Invalidenversicherung gibt es sicherlich nur eine Meinung. Und es ist absolut keine Schande, wenn wir es offen aussprechen, daß unsere Invalidenversicherung, die einzig in ihrer Art, heute diejenige Einrichtung ist, auf die kein Metallarbeiter mehr verzichten will und die auch schon manchen Kollegen in größter Notlage davon abgehalten hat, dem Verband den Rücken zu kehren.

Unsere neue Beitragsregelung ist ja nicht als Dauereinrichtung gedacht, sondern als ein Ausweg aus einer sehr schlimmen Zeit. Ich halte sie durchaus als angebracht.

Betriebsrätewahl bleibt aufgeschoben

Im Jahre 1932 sollen, wie die Notverordnung verfügte, die Betriebsrätewahlen nicht stattfinden. Wie jetzt amtlich mitgeteilt wird, wollen Angehörige der RGO versuchen, durch Niederlegung der Ämter ihrer Anhänger in möglichst vielen Betrieben trotzdem Neuwahlen zu erzwingen. Dazu bemerkt die Verlautbarung des Reichsarbeitsministeriums: „Ein solcher Versuch hat keine Aussicht auf Erfolg. Abgesehen davon, daß es zweifelhaft erscheint, ob Maßnahmen rechtswirksam sind, die nur zu dem Zwecke erfolgen, eine mit Gesetzeskraft verordnete Regelung der Amtsdauer zu beseitigen, ist es selbstverständlich, daß der Reichsarbeitsminister den für nötig gehaltenen Aufschub der Betriebsrätewahlen durch geeignete Mittel, im Bedarfsfalle durch eine ergänzende Rechtsverordnung, sicherstellen wird.“

Verübert — weil beim Wort genommen

Aus Nürnberg schreibt man uns: In dem kommunistischen Blatte von Nürnberg tobt man sich wieder einmal gegen „Sozialfaschistische Betriebsräte“ aus. Es handelt dort (in einem Aufsatz am 18. Januar) nur so von „DMV-Bonzen“, „Sozialfaschismus“ und „offenem Betriebsfaschismus“. Diese Aufregung ist auch tatsächlich begründet. Denn der (freigewerkschaftliche) Betriebsratsvorsitzende des Siemens-Schuckert-Werkes in Nürnberg hat sich nämlich erkühnt, das revolutionäre Betriebsratsmitglied Robert Rensch beim Wort zu nehmen, und noch dazu bei einem Worte, womit der kühne Revolutionär seine Opferwilligkeit für das Proletariat feierlich verkündete.

Die Angelegenheit bedarf einer kurzen Erklärung. In dem genannten Werke sollen, wie anderswo auch, leider Arbeiter entlassen werden, weil angesichts des Umstandes, daß jetzt schon vielfach nur zwei bis drei Tage geschafft wird, eine weitere Kürzung der Arbeitszeit unumlich ist. Der revolutionäre und für jedes Opfer für das Proletariat bereit kommunistische Betriebsrat Rensch hatte erklärt, daß er, er bei Entlassungen für einen bedrängten, in schlechter sozialer Lage befindlichen Kollegen freiwillig gehen würde. Der Vorsitzende des Betriebsrates nun nahm an, daß auch bei einem so revolutionären Mense das Manneswort keine leere Phrase sei. Er stellte diesem nun nach der Abstimmung über die Entlassungen die Frage, ob er jetzt sein Wort erfüllen, also freiwillig für einen Kollegen gehen wolle, dessen mißliche Lage ihm bekannt sei, denn er habe zwei Kinder und eine kranke, unheilbare Frau zu versorgen, während er, Rensch, nur ein Kind hat und seine Frau mitverdient. Der Vorsitzende des Betriebsrates kam aber mit seiner Frage schlecht an: der revolutionäre Betriebsrat verneinte glatt die Frage.

Aber er muß sich doch schenkelhaft geärgert haben, daß von ihm auch nur zu erwarten gewagt worden ist, er werde für einen sozial schlechter gestellten Kollegen einspringen. Aus dem Ärger ist der Aufsatz in dem kommunistischen Blatte geworden. Man wird nun die bösen Ausdrücke über die „DMV-Bonzen“ verstehen. Man wird auch begreiflich finden, daß man die Belegschaften sämtlicher Nürnberger Betriebe auffordert, Stellung zu nehmen gegen den „offenen Betriebsfaschismus“ (gemeint ist die offene Frage an den revolutionären Betriebsrat).

In dem Blatte wird gesagt, daß die Arbeiterschaft wegen der Sache erregt sei. Das ist falsch. Die Erregung ist nur bei einem großen Revolutionär vorhanden, und die ist allerdings so groß, daß eine mittlere Belegschaft damit leicht versorgt werden kann.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 - 6753

Mit Sonntag, dem 14. Februar, ist der 8. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Februar 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegeld ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Portokosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorstand

Ohne Tarifvertrag ist Vertragsbruch Trumpf

Die Unternehmer schreien wild nach „Lockerung“ der Tarifverträge und nach Befreiung von den „kollektiven Fesseln“; nur die individuelle Lohngestaltung könne aus der Wirtschaftskrise führen. Der halbwegs denkende Arbeiter weiß längst, zu welchem Zwecke die Unternehmer den Tarifvertrag beseitigen wollen. Die leitenden Angestellten indes hielten wenig oder nichts vom kollektiven Lohnvertrag, nicht nur, weil er ihnen etwas proletarisch roch, sondern weil sie glaubten, sich besser zu stehen, wenn sie persönlich den Vertrag mit ihrem Chef machten, zumal sie doch ihrem Chef gesellschaftlich nahestehend vermeinten. Jetzt müssen die leitenden Angestellten erfahren, daß sie sich in einem krassen Aberglauben befanden. Man höre, wie auch mit ihnen von den Herren Chefs umgesprungen wird:

„Eine der traurigsten Erscheinungen“, schreibt der Geschäftsführer Dr. Zellien in der Zeitschrift Der leitende Angestellte (am 2. September), „stellen die vielerorts zu beobachtenden Versuche mancher Firmen dar, ihren Verpflichtungen aus langfristigen Verträgen mit leitenden Angestellten auf dem Wege der fristlosen Entlassung oder mit dem Einwande veränderter wirtschaftlicher Verhältnisse zu entgehen. Meist handelt es sich darum, ein angeblich hohes Gehalt einzusparen. Man schlägt dem betreffenden leitenden Angestellten eine gütliche Aufhebung unter Zahlung einer Abgeltungssumme vor. Weigert sich nun der leitende Angestellte, diesen Vorschlag anzunehmen, weil vielleicht der gebotene Betrag zu niedrig ist oder weil er trotz der Abgeltung keine neue Existenz glaubt sich aufbauen zu können, so setzt die Schikane ein, die dann schließlich mit einer fristlosen Entlassung endet. Irgendwelche Gründe werden an den Haaren herbeigezogen, irgendwelchen Umständen wird nachgespielt, die dann zusammengenommen die Nichtzumutbarkeit der Fortsetzung des Dienstverhältnisses, also die fristlose Entlassung aus „wichtigen Gründen“ rechtfertigen sollen. Man läßt sich hier von der Hoffnung tragen, daß dem entlassenen, ohne Arbeitsverdienst auf der Straße liegenden leitenden Angestellten doch wohl einmal die finanzielle Lungenkraft ausgehen werde und er zu einem Vergleiche weich werde, zu dem er vorher nicht bekehrt werden konnte. Das erpresserische Mittel der fristlosen, aber im Grunde ungerechtfertigten Entlassung mit all seinen Nachwirkungen dient hier dazu, um einen leitenden Angestellten, der auf Vertragstreue pocht, auf die Knie zu zwingen.“

Das Klageglied des leitenden Angestellten wird noch düsterer: „Widerspricht es nicht Treu und Glauben, wenn einem leitenden Angestellten noch während der Dauer seines Vertrages, und zwar unter mehr oder weniger verstecktem Hinweis auf eine Kündigungsmöglichkeit, das Einverständnis zu sofortiger Gehaltskürzung abverlangt wird und dann hinterher, trotz Gehaltskürzung, doch zum nächstzulässigen Termin gekündigt wird? Leider hat sich die Rechtsprechung, soweit sie von hier aus zu übersehen ist, doch nicht dazu entscheiden können, ein solches Vorgehen als unzulässig zu erklären.“

Für die Arbeiter sagt Dr. Zellien bestimmt nichts Neues. Durch eine lange Erfahrung wissen sie, daß der Unternehmer auf Verträge, Beteuerungen, Versprechen den Lohnempfängern gegenüber pfeift, wenn es ihm in den Kram paßt. Der Lohn- oder Gehaltsempfänger kann tausendmal auf seinen Vertrag und das ihm gegebene Wort hinweisen. Umsonst, der Lohnempfänger wird geprellt oder auf die Straße gesetzt trotz des Vertrages. Wie das gemacht wird, schildert Dr. Zellien ja zur Genüge.

Die Arbeiter wissen sehr wohl, warum sie sich gegen die Lockerung der Tarifverträge zur Wehr setzen. Sie sind ein Schutz gegen die Willkür der Unternehmer; sie zwingen ihn, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, seine Ausbeutungslust und Wortbrecherei zu zügeln.

Zeugen gesucht

Welcher Kriegsteilnehmer kann sich noch erinnern, mit dem Schützen Friedrich Giesecke aus Meimerhausen, Kreis Alfeld/L. (Hannover) im Reservelazarett Cannstatt 2 in Stuttgart Mitte Oktober des Jahres 1916 gelegen zu haben und bezeugen kann, daß Giesecke an Gasvergiftung erkrankt war? Die in Frage kommenden Kameraden sollen meistens Berliner gewesen sein. Meldung ist zu geben an den Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Alfeld/Leine.

Die Heimvolkshochschule Tinz

In Gera nimmt Bewerbungen zum neunten Frauenkursus nur noch bis zum 18. Februar 1932 an. Der Kursus dauert vom 1. August bis Weihnachten 1932. Das Schulgeld einschl. Verpflegung beträgt 180 M, für Thüringer 150 M. Näheres über Unterrichtsplan und die Aufnahmebedingungen auf Anfrage (mit Rückporto) von der Schulleitung der Heimvolkshochschule Schloß Tinz, Gera.

„Grüne Woche“ in Berlin

Die „Grüne Woche“ führt viel Besucher aus Stadt und Land hinaus zum Kaiserdamm, wo in riesigen Hallen ein Überblick über das Leben und Vorwärtstreben der deutschen Landwirtschaft gegeben wird. Die Fülle des Dargebotenen zeigt das Bestreben der Landwirtschaft, den Bedarf des eigenen Volkes an Lebensmitteln und Gebrauchsstoffen zu decken. Die Ausstellung steht daher auch unter dem Wahlspruch: „Kauft deutsche Waren, gebt deutschen Volksgenossen Arbeit.“

Eine besonders geräumige Halle ist der Ausstellung „Deutscher Wald — Deutsches Holz“ gewidmet. Drei schmutze Holzhäuser, von frischen Tannen und Kiefern umgeben, zeigen die vielseitige Verwendungsmöglichkeit des Holzes. Nicht nur die Häuser selbst, auch der gesamte Innenausbau und die Möbel sind hier aus deutschem Holz hergestellt, das den Räumen die Note harmonischer Wohnlichkeit gibt.

Daß Holz auch an Stelle von Benzin als Betriebsstoff konkurrenzfähig ist, zeigt ein Lastauto, dessen Motor mit Holzabfällen, Sägemehl und Spänen betrieben, 90 vH billiger arbeitet und gleich gute Arbeit leistet. Eine Holzgarage beweist die Unverwundbarkeit präparierten Holzes, Modelle von Funktürmen, Karosserien und Flugzeugteilen die Eignung dieses Werkstoffes auch für besondere Ansprüche.

Gartenbau und Binnenfischerei sind vertreten, der Reichsmilchschub wirt für Milch- und Käseerzeugnisse, und die Imker zeigen neue Wege der Honigverwertung.

„Die ländliche Siedlung“ vermittelt einen Überblick von der Arbeit staatlicher Stellen auf diesem Gebiet; sie zeigt in dem „Siedlungsdorf am Funkturm“, was in Bau, Ausstattung, Stand und Zielsetzung der ländlichen Siedlung geleistet worden ist. Umfangreiche öffentliche Mittel und jahrzehntelange Arbeit sind der Erfolg der bereits bestehenden Siedlungen. Man geht weiter auf diesem Gebiet, sucht geeignete Siedlungsträger aus, die diese Umstellung ernst nehmen, um unter Mitwirkung des Staates Aufgaben der inneren Kolonisation zu verwirklichen. Diese ländliche Siedlung ist etwas anderes als die Stadtrand-siedlung, die ja dazu bestimmt ist, unseren Erwerbslosen durch gärtnerische Bodenbearbeitung und Kleintierhaltung in gewissem Umfang Selbstversorgung zu ermöglichen. Die ländliche Siedlung dagegen will dünn bevölkerte Gebiete mit widerstandsfähigen, schollenverwachsenen Bauern besiedeln.

Auch der freiwillige Arbeitsdienst ist vertreten, er wirt für Kulturarbeiten, die von Erwerbslosen ausführbar und deshalb billig herzustellen sind!

Die Technik in der Landwirtschaft bringt neben Bekanntem wieder manches Neue. Etwas Besonderes stellt ein luftbereifter Ackerwagen dar, der eine Ganz-Stahlkonstruktion ist. Allseitig kippbares Ladegestell, Kugellagerachsen und weitgehende Verwendungsmöglichkeit sind beachtenswert an dieser Konstruktion, die bei gleicher Last ein Drittel der Zugkraft benötigt und doppelte Tragfähigkeit ergibt. Daß Stahl einer der wirtschaftlichsten und wertvollsten Werkstoffe für die Landwirtschaft ist, zeigen auch die vielen neuen Ganz-Stahlkonstruktionen von Maschinen und Geräten für Bodenbearbeitung, Ernte und Molkeerwesen.

Den Gelmaschinen für Handbetrieb und Riemenanschluß zum Dangeln von Sensen und Sichel ergeben mühelos eine gleichmäßig gehämmerte Schneide. Diese Maschinen sind von überaus einfacher Konstruktion, leicht transportabel und überall anzubringen. — Schraubenschlüssel, die sich durch Anlagerung an die Mutterflächen selbsttätig einstellen und wie eine Knarre gehandhabt, also nur einmal angesetzt werden, sind in verschiedenen Ausführungen vertreten.

Für die Bodenbearbeitung im Kleinbetrieb sieht man neben Kleintraktoren mit 6-PS-Motoren tragbare Motorpumpen mit 50 Liter Minutenleistung bei einer Gesamtförderhöhe von 36 m und Zweitakt-Motor-Aggregate mit 1 bis 4 PS Dauerleistung, die für Benzin, Benzol und Leuchtpetroleum-Betriebsstoff geeignet sind. Eine elektrische Schwimmpumpe wird von einer wasserdicht mit Luft gefüllten Schwimboje umschlossen, die es ermöglicht, diese Pumpe im offenen Gewässer, in Wasserbehältern oder in Gruben einzusetzen und mit der auf dem Wasserspiegel schwimmenden Pumpe zu arbeiten, ohne daß eine Montage von Rohrleitungen erforderlich ist.

In großen Hallen sieht man eine reich besetzte Kaninchen-Ausstellung. Geflügel aller Art ist in langen Käfigreihen untergebracht — alles Spitzenleistungen deutscher Züchter —, und 250 Turnierpferde sind in muster-gültigen Stallungen eingereicht.

Schließlich sind auch zahlreiche Stände der Hauswirtschaft gewidmet: Persilberatung, Oetkerstuben, Nähmaschinen-Lehrstände und eine Unmenge von Neuerungen für die Hausfrau in Stadt und Land, von denen im Nachfolgenden einige kurz erwähnt seien: Beachtenswert ist ein zweiteiliges elektrisches Heizkissen, das sich aus dem Normalformat in eine breite Heizbandage doppelter Länge verwandeln läßt. Ein kleiner Wäschewringer, am Waschgefäß angeschraubt, will der Hausfrau Kräfte, und ein Kochtopfverschluß in Form einer über die Topfhenkel gespannten Spiralfeder 50 vH Gas ersparen. Viel gekauft wird ein mehrteiliger Universal-Schälapparat: ein Messer zum dünn und dick schälen, zum Bohnen schneiden, Spiralen schneiden von Rettichen, Garnieren und Buttschalen, zum Fischschuppen und Apfelsinenschälen. Ebenso ist ein Konservierungsapparat, der an jeden Wasserkessel anzuschließen ist, beachtenswert. Er besteht aus einem Metallschlauch, an dessen einem Ende ein Metallmündstück mit schlitzzförmiger Öffnung befestigt ist. Mit diesem Apparat kann man mühelos geöffnete Einweggläser wieder verschließen, ebenso schnell kann man jede Konservendose mit einem Gummiring und einer Glasscheibe verschließen. Hausaltmaschinen zum Kartoffelschälen und eine Spargochplatte, bei der eine Flamme zwei Kochstellen beheizt, selbstzündende Gasanzünder ohne Mechanismus und ein neues, feuerbeständiges Kalblötmittel werden um Käufer.

Sennwitz.

**Sowjetrußland
Wechsel der Arbeiterschaft in der
Eisenindustrie**

Die Sa Industrialisziu (vom 21. Januar 1932) veröffentlicht Angaben über den Wechsel der Arbeiterschaft in der russischen Eisenindustrie. Sie betrug auf dem Eisen- und Stahlwerk „Petrowski“ in der Sowjetukraine im dritten Quartal 1931 2,6 vH, im Oktober 1,4, im November 1,1, und zwar bei qualifizierten Arbeitern. Bei nichtqualifizierten Arbeitern betrug sie auf dem Werk im dritten Quartal 1931 4,9, im Oktober 4,4, im November 1,6 vH. Besonders stark macht sich der ständige Wechsel der Arbeiterschaft bei den neugeestellten Arbeitern bemerkbar. In einer Abteilung des Werks, die vorwiegend neue Arbeiter beschäftigt, wechselten allein in einem Monat 32,2 vH der Gesamtbelegschaft. Das Blatt stellt fest, daß weder die technische Leitung des Werks noch die Verwaltung Maßnahmen zur Bekämpfung des Wechsels in der Arbeiterschaft treffen. Die Prämiierung auf Grund des neuen Lohnsystems ist so aufgebaut, daß sogar Arbeiter und Ingenieure, die die Voranschläge bei weitem nicht erfüllen, Prämien erhalten. Vor allem ist dies beim Zurückbleiben hinter den Qualitätsvoranschläge zu verzeichnen.

Die Frau im Wirtschaftsleben

Die Frau wandert / Von Maria Kirchhof

In allen Länderteilen Deutschlands finden wir einen Frauenüberschuß, denn von den 62,4 Millionen Einwohnern sind 30,2 Millionen Männer und 32,2 Millionen Frauen. Bis zum 20. Lebensjahre überwiegt das männliche Geschlecht, erst bei Überschreitung dieses Alters kehrt sich das Verhältnis um. Es gibt also rund 2 000 000 erwachsene Frauen mehr als Männer.

Dieser erhebliche Frauenüberschuß fällt wohnortmäßig fast allein auf die Großstädte. Hier kommen auf 1000 Einwohner männlichen Geschlechts 1115 weiblichen Geschlechts. In den Städten über 500 000 steigert sich das Verhältnis sogar auf 1000 zu 1153, während in den Landgemeinden (Orte unter 2000 Einwohnern) das Verhältnis 1000 zu 1037 ist.

Voreingenommene Menschen haben die Vergnügungssucht der Frau als treibende Ursache zu dieser Wanderung in die Großstadt hingestellt. Den wirklichen Grund aber kann man leicht ohne gründliche Untersuchungen feststellen, wenn man in der Tagesfrühe vor den Toren der Großstadt die Scharen der Frauen und Mädchen trifft, die — auf dem Fahrrad, zu Fuß und mit der Bahn — aus den umliegenden Ortschaften, die gewöhnlich im Gegensatz zur naheliegenden Großstadt einen Männerüberschuß aufweisen, nach ihrer Arbeitsstelle strömen. Es ist nämlich die Arbeit, der Erwerb, oder auch in höherem Sinne der Beruf, denen die Frau nachwandert, wenn sie in der Großstadt immer zahlreicher anzutreffen ist. Sie wandert dahin nicht nur als Nachzüglerin des Mannes; die Frauenwanderung hat auch ihre eigenen Gesetze. Ein kleines Beispiel:

Im Juli 1914 wies die Stadt Elberfeld bei 173 000 Einwohnern einen Frauenüberschuß von 10 500 auf, während zur gleichen Zeit die nicht allzu weit davon liegenden Städte Dortmund (253 000 Einwohner) und Essen (326 000 Einwohner), die erste 8500, die zweite 14 000 mehr Männer als Frauen zählten. Was ist zur Erklärung dieser Unterschiede zu sagen? Dortmund und Essen sind ausgesprochene Sitze der Schwerkohlenindustrie. Hier haben Frauenkraft und Frauenarbeit noch kein Betätigungsfeld gefunden. Elberfeld dagegen, mit seiner alten Landwirkerie, ist ein Zentrum der Textilindustrie, und in dieser überwiegt die Frauenarbeit von jeher.

Im allgemeinen aber hat die Frau den gewaltigen Wanderungsprozeß mitgemacht, der die Erwerbstatigen nach den Arbeitsgelegenheiten der städtischen Produktions- und Umschlagzentralen und denen der west- und mitteldeutschen Industrievierviere trieb. Eine Wanderung, die in ihrer Ausdehnung hinter den Völkerwanderungen früherer Zeiten kaum zurücksteht, wenn sie sich auch in anderen Formen vollzog. Das Ergebnis dieser Wanderungen ist die völlige Umkehrung natürlicher Bevölkerungsverhältnisse, die Herausbildung dichtbesiedelter Industriegebiete und mächtiger großstädtischer Wirtschaftskerne.

Gerade aber in diesen letzteren ist das zahlenmäßige Verhältnis der über zwanzigjährigen Männer und Frauen durch diese Wanderungen ein unnormales geworden. Es wird sich wohl auch schwerlich in naher Zeit ändern; hat es sich doch erst in einem mehr als fünfzig Jahre

währenden Entwicklungsprozeß herausgebildet, und diese erwachsenen Frauen sind darauf angewiesen, ihren Erwerb dort zu suchen, wo sich ihre Fähigkeit zu erwerben gebildet hat.

Man kann Frauenarbeit und Frauenerwerb nicht von vornherein als gleichbedeutend nebeneinandersetzen. Frauenarbeit ist in der Landwirtschaft, beim proletarischen Landarbeiter sowie bei den mehr oder weniger Bodenbesitzenden Bauern von jeher eine Selbstverständlichkeit gewesen. Hier ist die Frau die unentbehrliche Gehilfin des Mannes. Hier ist noch keine Spaltung zwischen Beruf und Leben. Das gleiche ist zu konstatieren beim Handwerk und bei den Hausgewerbebetreibenden. Auch hier ist die Ehefrau eine notwendige Gehilfin des Mannes, denn ihre Tätigkeit an der Seite des Mannes greift mit über die bloße Versorgung des Haushalts und der Wohnungsinstandsetzung hinaus.

Frauenarbeit als selbständiger Erwerb wurde zuerst der Frau des Industriearbeiters stattdlich zur Pflicht gemacht. Ist das nicht eine allzu kühne Behauptung? Wo hat jemals der Staat so etwas als nur andeutungsweise bestimmt?, werden Übereifrige rufen. Hat der Staat nicht alles getan, was in seinen Kräften steht, um auch der Frau des Arbeiters die Erfüllung ihrer natürlichen Aufgabe, sich der Familie und dem Haushalt zu widmen, möglich zu machen? Gewiß! Zwingende staatliche Bestimmungen, die die Arbeiterfrau zu Arbeit und Erwerb zwingen, gibt es nicht. Aber jene Bestimmungen in der Invaliden- und Altersversorgung des Arbeiters, die der Frau beim Tode des Mannes nicht ohne weiteres eine Rente zusprechen, schließen tatsächlich den Zwang zur Arbeit ein. Die Arbeiterfrau soll arbeiten. Zwar reicht auch die Rente, die der Witwe eines Beamten gegeben wird, meist nicht zum Leben, aber grundsätzlich wird doch die Pflicht zur Versorgung anerkannt, während bei der Arbeiterfrau grundsätzlich die Pflicht zur Arbeit, wenn auch nicht mit brutaler Offenheit, festgelegt ist.

Um zur Ausübung solch er Arbeit berechtigt zu sein, hat die Frau keine Kämpfe zu führen brauchen, wie um die Zulassung zum Staatsdienst oder zum akademischen Studium.

Und nun zeigt jede Volkszählung ein relativ stärkeres Wachstum der arbeitenden und erwerbenden Frauen, der unverheirateten wie der verheirateten, als der erwerbstätigen Männer. Ein ungewöhnliches Wachstum jener Arbeit der Frau, die in der Fabrik, im Büro, im Warenhaus, im öffentlichen Dienst, also außerhalb der Wohnung geleistet wird. Die Tätigkeit der Frau verschiebt sich also immer mehr aus dem Haus in das Wirtschaftsleben, in die Volkswirtschaft kann man sagen. Es ist leicht verständlich, daß dieser Prozeß das Weltbild, das Sinnen und Trachten, das Streben und Wirken der Frau gewaltig verändern muß. Bei der Fabrikarbeiterin ist leider noch zu sehr der Zug zu verspüren, sich unterzuordnen; als sich selbstbewußt einzuordnen in den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung.

Betriebsespionage

Maßnahmen des Reichverbandes der deutschen Industrie

Die Werksspionageprozesse haben die Unternehmerkreise in Wallung versetzt. Sie halten, ähnlich wie das Reichwehrministerium, den für einen wirtschaftlichen Landesverräter, selbst wenn er nur allgemein bekannte Dinge wiedergeben sollte. Die letzten Prozesse haben nun den Reichsverband der Deutschen Industrie veranlaßt, ein Merkblatt über die Abwehr von Wirtschaftsspionage herauszugeben, in dem neben an sich begreiflichen Maßnahmen auch unberechtigte und vor allem zweischneidige Maßnahmen zur Bekämpfung der sogenannten Wirtschaftsspionage angeführt werden.

Die juristische Seite der Wirtschaftsspionage kann in diesem Falle ausscheiden. Nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf sollen die Strafbestimmungen verschärft werden. In diesem Zusammenhang soll die soziale Seite in den Mittelpunkt gestellt werden. Es heißt da in dem Merkblatt:

„Fragebogen bestimmter Berufsgruppen oder politischer Parteien enthalten oft Positionen, deren Beantwortung Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse verletzen würden.“

Das ist schon eine verhängliche Bestimmung. Die gewerkschaftlichen Organisationen oder politischen Parteien werden im allgemeinen keine Fragen stellen, die in den Bereich der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse fallen. Mit dieser Bestimmung möchten die Unternehmer wahrscheinlich jegliche Fragebeantwortung, zum Beispiel die nach dem Einkommen, unterbinden. Das geht deutlich aus einem anderen Satz des Merkblattes hervor, in dem es heißt:

„Da es zum mindesten in größeren Betrieben praktisch unmöglich ist, alle geheimen Momente einzeln anzuführen, empfiehlt es sich häufig, sämtliche Werksanlagen, Fabrikationen usw. als geheim zu bezeichnen. Wie weit diese Auffassung später sich strafrechtlich durchführen läßt, ist für die Einrichtung eines Werks-Selbstschutzes ohne Belang.“

In Bausch und Bogen wird also der gesamte Betrieb für betriebs- und geschäftsgeheim erklärt. Das zeigt, wohin der Weg gehen soll. Die Geheimhaltungspflicht muß doch in jedem Falle im Wesen des Betriebszweckes begründet sein. Sie muß eine innere Begründung haben. Diese Forderung stößt sich gerade mit der aus den Erfahrungen der letzten Zeit immer stärker erhobenen Forderung einer viel stärkeren Durchleuchtung der Wirtschaft und natürlich auch der einzelnen Betriebe. Aufschieblich ist auch, was in der Privatwirtschaft als sogenannter Verrat militärischer Geheimnisse in Frage kommen soll, da in diesem Fall, wie es in dem Merkblatt in sehr bezeichnender Weise heißt, „bei den zuständigen Stellen ein erhöhtes Interesse vorliegt.“

Als „militärisch interessant“ werden in dem Merkblatt u. a. selbst die Lieferfristen, die Regelmäßigkeit der Lieferungen, die Preise und die Firmenverbindungen bezeichnet. Warum diese

Dinge unter den Verrat militärischer Geheimnisse fallen sollen, kann nicht zweifelhaft sein. Sie sollen im Dunkel bleiben.

Sehr zweischneidig und daher abzulehnen ist folgender Absatz:

„Im Rahmen des Möglichen ist eine gewisse Beobachtung der Werksangehörigen innerhalb und außerhalb des Betriebes erwünscht; so sind Personen, die nach ihrer Tätigkeit (Zentralbüro, Laboratorien usw.) besonders durch Spione gefährdet sind, in geeigneter Weise auch außerhalb des Betriebes zu beobachten, ebenso solche Leute, die beispielsweise unbegründeten Verkehr mit Ausländern haben, über ihre Verhältnisse leben (teure Gaststätten, Rennplätze, Reisen) usw.“

Mit der Bezahlung unzufriedene, leichtsinnige oder verschuldete Personen usw. bilden unter Umständen ebenfalls eine Gefahr.“

Das sind für Arbeiter und Angestellte einfach unerträgliche Bestimmungen. Dadurch können Menschen geschädigt werden, die, mögen sie politisch oder sonstwie gesinnt sein, niemals an Wirtschaftsspionage auch nur denken. Entschieden abgelehnt muß vor allem der letzte Absatz werden. Danach ist jeder Werksangehörige von vornherein verdächtig. Sein gesamtes privates Leben untersteht nicht nur einer ständigen Beobachtung, sondern auch einer subjektiven Wertung. Das ist eine unerträgliche Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit, die nicht mit der Möglichkeit von Wirtschaftsspionage hingenommen werden kann. Wenn aber auch „mit der Bezahlung unzufriedene Personen“ unter Umständen eine Gefahr bilden, dann sollte die Privatwirtschaft zunächst für anständige Bezahlung sorgen und diesen Krankheitsherd beseitigen. Sollen nicht vielleicht durch diese Bestimmung mit der Bezahlung unzufriedene Personen auf dem Wege eines Verdachts von Wirtschaftsspionage aus dem Betrieb entfernt oder in den Augen ihrer Kollegen verdächtig werden! Man muß dieser Auffassung zuneigen, denn an einer anderen Stelle wird besonders betont, daß gerade solche Personen, die Wirtschaftsspionage treiben wollen, „durch gute Führung und auffallende Leistung das Vertrauen ihrer Vorgesetzten zu erwerben versuchten“. Hier beißt sich also die Katze in den eigenen Schwanz. Nach dem Merkblatt sind alle in einem Betriebe Tätigen zum mindesten verdächtig. Ein stiller, unausgesprochener, geheimer Makel ruht auf jedem Werksangehörigen.

Die Verfasser dieses Merkblattes entfachen den Verdacht, daß sie unter dem Vorwand der Werksspionage ein schmieriges Spielchen gegen die Arbeiter- und Angestelltenschaft treiben wollen. Betriebsgeheimnisse, die einer inneren Begründung entbehren, und vor allem Geschäftsgeheimnisse, haben in einer Zeit ihren Sinn verloren, in der die Wirtschaft nicht mehr im Dienste des Einzelnen, sondern im Dienste der Allgemeinheit steht, ganz abgesehen davon, daß diese Wirtschaft zum großen Teil miteinander verflochten ist.

Muß der Kurzarbeiter Bürgersteuer bezahlen?

Wenn von Kurzarbeitern die Frage erhoben wird, ob auch sie Bürgersteuer zu zahlen haben oder ob die Gemeinden überhaupt berechtigt sind, von ihnen Bürgersteuer zu verlangen...

Da sei einmal auf die Bestimmung aufmerksam gemacht, die vorschreibt, daß von der Entrichtung der Bürgersteuer alle diejenigen Personen ausgenommen sind, deren gesamte Jahreseinkünfte 500 M nicht übersteigen.

Hinsichtlich des Arbeitslohns ist zur Berechnung der gesamten Jahreseinkünfte von dem Lohn auszugehen, der bei der nächsten auf die Fälligkeit folgenden Lohnzahlung zu zahlen ist.

Sind zum Beispiel sechs Fälligkeitstermine festgesetzt, so kann es vorkommen, daß an vier Terminen keine Bürgersteuer zu entrichten ist, während sie an zwei Terminen gezahlt werden muß.

Ob die Bürgersteuer an den jeweiligen Fälligkeitsterminen zu zahlen oder nicht zu zahlen ist, kann am besten an folgendem festgelegt werden: Beträgt der Lohn für volle Monate bis 42 M, für volle 14 Tage bis 20 M, für volle Wochen bis 10 M...

des Arbeiters bei der maßgebenden Lohnzahlung die oben genannten Beträge nicht übersteigt.

Es ist nun klar, daß Kurzarbeiter, die unter jenen Betrag bleiben, also die Einkommensfreigrenze von 500 M im Jahr nicht überschreiten, von der Entrichtung der Bürgersteuer befreit sind.

Es ergibt sich daraus ohne weiteres, daß Kurzarbeiter, die an Lohn innerhalb der lohnsteuerfreien Summe bleiben — die lohnsteuerfreie Summe ist für jeden Arbeiter auf Grund der Zahl der Angehörigen und der evtl. Sonderermäßigungen verschieden —, nur die Hälfte der festgesetzten Bürgersteuer zu zahlen haben.

Vorstehend wird davon gesprochen, daß Einkommensteuerfreiheit vorliegt, wenn der Arbeiter keine Lohnsteuer zu entrichten hat. Die Ermäßigung für die Bürgersteuer tritt aber nicht schon ein, wenn etwa am Fälligkeitstage der Bürgersteuer der Arbeiter keine Lohnsteuer zu zahlen hat, sondern nur dann, wenn er im Jahre 1930 lohnsteuerfrei gewesen war.

Also: Kurzarbeiter, die augenblicklich wegen ihres geringen Verdienstes keine Lohnsteuer zu entrichten haben, müssen trotzdem die volle Bürgersteuer zahlen, wenn sie nicht im Jahre 1930 lohnsteuerfrei waren.

Zur Zeit schweben allerdings Verhandlungen, um den Kurzarbeitern, die jetzt auf Grund ihres geringen Verdienstes lohnsteuerfrei sind, ebenfalls Erleichterungen zuteil werden zu lassen.

Besteht nun auch die Bürgersteuerpflicht für die nichtarbeitende Ehefrau, wenn das jährliche Einkommen des Mannes unter 500 M bleibt? Die Bürgersteuerpflicht der Ehefrau ist in den Fällen, in denen der Ehemann von der Bürgersteuer befreit ist, nicht gegeben.

Lorenz Popp.

Unfälle rechtzeitig anmelden

In der Nr. 48, 1931, der MZ befindet sich ein Aufsatz über „Erkältungen im Betriebe sind Unfallfolgen“. Hierzu geht uns von einem fachkundigen Praktiker eine längere Zuschrift zu, die sich, was betont sei, nicht gegen den Kern des erwähnten Aufsatzes wendet...

In dem Aufsatz in Nr. 48 der MZ wird behauptet, daß eine Verjährung des Anspruches nicht eintritt, wenn der Verletzte die Fristen des § 1547 RVO habe verstreichen lassen.

Nach § 1547 RVO kann der Anspruch nach Ablauf der Frist noch geltend gemacht werden, wenn erstens eine neue Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später, oder eine innerhalb der Frist eingetretene Folge erst nach Ablauf der Frist in wesentlich höherem Maße, wenn auch in allmählicher gleichmäßiger Entwicklung des Leidens, bemerkbar geworden ist...

Besondere Schwierigkeiten entstehen noch dadurch, daß die Rechtsprechung des RVA und auch die ärztlichen Autoritäten mehr und mehr der Auffassung zuneigen, daß erhebliche Erwerbsbeschränkungen, die sich erst nach Jahren bemerkbar machen, als Voraussetzung meistens einen schweren Unfall und die sogenannten Brückenerscheinungen bedingen.

haben, wenn der Tod Unfallfolge ist, spätestens zwei Jahre nach dem Tode den Anspruch auf Entschädigung bei dem Versicherungsträger anzumelden.

Den Praktikern des Sozialrechts ist es bekannt, in wie vielen Fällen der Anspruch wegen zu später Anmeldung des Unfalles abgewiesen wird.

Im allgemeinen kann man feststellen, daß je länger der Zeitraum zwischen Unfall und der Anmeldung des Anspruches ist, es desto schwieriger wird, den Nachweis zu führen, daß ein entscheidungspflichtiger Unfall und eine damit zusammenhängende Erwerbsbeschränkung vorliegt.

Im allgemeinen kann man feststellen, daß je länger der Zeitraum zwischen Unfall und der Anmeldung des Anspruches ist, es desto schwieriger wird, den Nachweis zu führen, daß ein entscheidungspflichtiger Unfall und eine damit zusammenhängende Erwerbsbeschränkung vorliegt.

Im allgemeinen kann man feststellen, daß je länger der Zeitraum zwischen Unfall und der Anmeldung des Anspruches ist, es desto schwieriger wird, den Nachweis zu führen, daß ein entscheidungspflichtiger Unfall und eine damit zusammenhängende Erwerbsbeschränkung vorliegt.

Nichts zuverlässiger



KONSUMVEREIN

KONSUMVEREIN

Deshalb muß immer wieder darauf hingewiesen werden, den Anspruch so zeitig wie möglich anzumelden, sich beim Arzt gleich zu erkundigen, ob eine Unfallfolge vorliegt, um die Versicherten vor Schaden zu bewahren.

Einzelfälle, in denen es manchmal gelingt, nach Jahren unter besonderen Umständen eine Entschädigung noch nachträglich herauszuholen, soll man nicht verallgemeinern, da diesen die vielen tausenden Fälle gegenüberstehen, wo materiell eine Entschädigung gezahlt werden müßte, die aber aus formalen Gründen (Verjährung durch Fristablauf) abgewiesen sind...

SCHRIFTENSCHAU

Europäische Diktaturen. Von Carlos Sforza. Deutsch von Hans Reisinger. Geheftet 5 M, kartoniert 6 M und in Leinen gebunden 7,50 M.

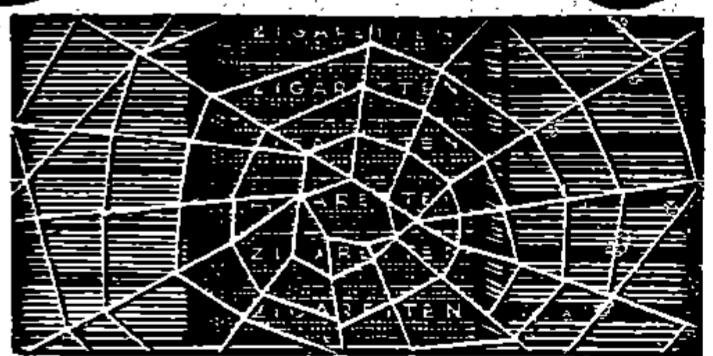
Leipart und Breitscheid über die Notverordnung. Am 16. Dezember fand im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates zu Berlin eine gemeinsame Kundgebung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei statt...

Afrika im Umbau. Von Hans Seligo. Urania-Freidenker-Verlag G. m. b. H., Jena. Mit reichem Bildmaterial. Broschiert 1,50 M, in Ganzleinen gebunden 2 M.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung mit der Beilage „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit“.

Plüften Sie sich

vor vertrockneten Ladenhütern! Verlangen Sie einfach CLUB 3 1/2 die stärker gefragt wird, als geliefert werden kann. CLUB ist also immer gut und frisch.



SCHRIFTENSCHAU

Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkriege. Otto Bauer, Wien, der sich hervorragende Verdienste um die Klärung des internationalen Sozialismus nach dem Weltkriege erworben hat...

Kauf nur bei unserem Hottest!

Advertisement for Bettenden (pillows) and Radioschule, including prices for different types of pillows and information about a radio school.

Advertisement for 'Billige böhmische Bettfedern' (cheap Bohemian pillows) with a swan logo and list of prices for various sizes.

Advertisement for 'Nervenleiden' (nervous ailments) with an illustration of a person and text describing the benefits of a specific treatment.

Advertisement for 'Seltene Gelegenheit' (rare opportunity) featuring a Zeiss Ikon Roliflex camera and other photographic equipment.